

Horst W. Schmollinger / Richard Stöss
Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien
in der Bundesrepublik⁽¹⁾
II: Vom Zerfall des Bürgerblocks in den 60er Jahren
bis zum „Rechtsputsch“ der CSU 1976

Im ersten Teil des Aufsatzes haben wir dargestellt, daß das Parteiensystem der Bundesrepublik bis zum Ende der fünfziger Jahre durch einen *Blockgegensatz* zwischen bürgerlichen Parteien (CDU/CSU, FDP, DP und teilweise BHE (2)) einerseits und Sozialdemokratie andererseits geprägt war. Die politische Macht im Staat der Bundesrepublik lag in den Händen des zunehmend von den Unionsparteien dominierten Bürgerblocks. Die außerordentliche *politische* Stabilität des CDU-Staates zeigte sich im Zuwachs des Zweitstimmenanteils der Bürgerblock-Parteien bei den Bundestagswahlen zwischen 1949 und 1957 von 46,9 % auf 60,7 % und in der Stagnation der Sozialdemokratie bei der 30 %-Marke. Diese Stabilität basierte auf einem breiten bürgerlich-antisozialistischen respektive -antikommunistischen *Intraklassenkonsens*, der sowohl die Legitimationsbasis für die autoritäre Kanzler-Demokratie bildete als auch die Wählerbasis des Bürgerblocks gegenüber der der Sozialdemokratie isolierte: Zwischen 1949 und 1957 fanden weder Wählerbewegungen zwischen beiden Blöcken statt, noch konnte die SPD ihre Massenbasis verbreitern.

Die SPD befürchtete, die *politische Polarisierung* zwischen ihr und dem Bürgerblock könne zu einer andauernden, längerfristigen Herrschaft des Blocks führen und sie glaubte, daß ihre (vermeintliche) Einflußlosigkeit auf die Bundespolitik nur durch die Auflösung dieser Polarisierung zu beenden sei. Durch programmatische Anpassungen – vor allem in wirtschafts- und außenpolitischen Fragen – an die vom Bürgerblock praktizierte Politik in den Jahren 1959 und 1960 meinte sie, sie könne das ihr anhaftende Image einer sozialistischen und in Fragen der nationalen Sicherheit gegenüber den osteuropäischen Staaten unzuverlässigen Partei dauerhaft abstreifen, um so der antisozialistischen Verteufelungspolitik des Bürgerblocks die Argumentationsbasis zu entziehen. Dabei übersahen die sozialreformerischen Kräfte innerhalb der SPD, daß der bürgerliche Intraklassenkonsens – Konstituens des Bürgerblocks – nicht allein auf einer gemeinsamen antikommunistischen oder antisozialistischen Haltung beruhte, der im Zuge des Ost-West-Konflikts im geteilten und damit der Konfrontation mit dem Sozialismus des Ostblocks besonders stark ausgesetzten Deutschland spezifische Bedeutung auch für die übrigen westlichen Bourgeoisien zukam. Vielmehr war der bürgerliche Intraklassenkonsens auch Ausdruck der Tatsache, daß alle bürgerlichen Klassen in der Bundesrepublik im großen und ganzen akzeptable Reproduktionsbedingungen vorfanden, was den Verzicht auf die Orga-

1 Berichtigung: In *Prokla* Nr. 25, S. 29, Tabelle 6 haben wir für Berlin in der Spalte „Funktionäre 1954“ irrtümlicherweise den Anteil der Rentner von 11,40 % ausgelassen. Dementsprechend ist auch die Spaltensumme von 88,57 % in 99,97 % zu berichtigen.

2 DP: Deutsche Partei; BHE: Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten.

nisierung rivalisierender politischer Fraktionen erleichterte.

Der Zerfall des Bürgerblocks

Der politische Zerfallsprozeß des Bürgerblocks zwischen dem Beginn der sechziger Jahre und der Bildung der Großen Koalition 1966 war so nicht nur Ergebnis der Anpassung der Sozialdemokraten an die vom Bürgerblock geschaffenen außen- und innenpolitischen Grundlagen der Bundesrepublik, wenn auch der damit besiegelte *Basiskonsens* zwischen den Klassen erst die Trennung der Liberalen von den Christdemokraten und somit das Ende des CDU-Staates ermöglicht haben dürfte. Vielmehr zerbrach der Bürgerblock in erster Linie an inneren Konflikten über politische Strategien zur Lösung der sich aus den veränderten Reproduktionsbedingungen des Kapitals Anfang der sechziger Jahre ergebenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen, wie sie in der Krise 1966/1967 deutlich wurden. Und er zerbrach schließlich auch an den Folgen der internationalen Entspannung. Denn die Abschwächung des Ost-West-Konflikts schmälerte die den Bürgerblock integrierende Wirkung des Feindbildes Kommunismus und beförderte – angesichts der sich abzeichnenden Disengagement-Politik der Administrationen Kennedys und Johnsons – Auseinandersetzungen über neue außen- und sicherheitspolitische Strategien.

Der Zerfall des Bürgerblocks zwischen 1960/1961 und 1966 drückte sich daher nicht nur in der Trennung der Liberalen von der Union und in ihrer Annäherung an die angepaßte SPD aus. Er hatte überdies eine zunehmende Verselbständigung regionaler (Bezirks-, Landesverbände) und sektoraler (beispielsweise Suborganisationen) Gruppen und Interessen in allen bürgerlichen Parteien zur Folge, wobei die so entstandenen Gegensätze jedoch zu keiner Zeit stark genug waren, die Parteiorganisationen zu zerbrechen (3). Immerhin trat der Charakter der Union als politische Sammlung ausgesprochen heterogener sozialer Kräfte wieder deutlich hervor. Diese Heterogenität wurde nicht nur als globaler Interessengegensatz zwischen Kapital (Wirtschaftsrat), Mittelstand (Mittelstandsvereinigung) und katholischer Arbeiterbewegung (Sozialausschüsse) sichtbar, sondern auch in Gegensätzen spezifisch ökonomisch-sozialer Gegebenheiten in den verschiedenen Regionen der Bundesrepublik. Sie bestanden beispielsweise zwischen dem überwiegend katholisch-kleinbürgerlichen Süden und Westen, den Industriegebieten an Rhein und Ruhr wie an der Saar, dem liberalen hansestädtischen Bürgertum und schließlich dem großagrarischen respektive kleinbürgerlichen Norden, der in der Tradition der protestantischen Deutschnationalen bzw. der Welfen stand.

Der Zerfall des Bürgerblocks und das Hervortreten innerparteilicher Gegensätze in der CDU/CSU bedingten einander: Mitte der sechziger Jahre war die Union eine Partei ohne Ideologie und einheitliche Programmatik, ohne Konzept für politische

3 Einzige Ausnahme war die Trennung der extrem nationalliberalen Kräfte von der FDP nach der Bildung der sozialliberalen Koalition. Dazu siehe weiter unten.

Reaktionen auf konjunkturelle und strukturelle Krisen, ein Kanzlerwahlverein ohne Autorität der Parteiführung und ohne massenmobilisierende Parteiorganisation. Daß dieses – so knapp umrissene – politische Versagen des Bürgertums gegenüber den anstehenden sozialen und ökonomischen Problemen nicht zu einer politischen Krise größeren Ausmaßes führte, lag daran, daß die Sozialdemokratie als politischer Garant der (veränderten) kapitalistischen Reproduktionsbedingungen einspringen konnte und wollte. Sie verfügte nicht nur über adäquate programmatische und legitimatorische Voraussetzungen. Überdies gelang es ihr infolge des Zerfalls des Bürgerblocks und aufgrund ihrer Anpassung, ihre Massenbasis zu verbreitern. Und zwar keineswegs durch die Mobilisierung von bisherigen Nichtwählern, sondern in erster Linie durch den Einbruch in Wählerschichten, die zuvor zum Reservoir des Bürgerblocks gezählt hatten.

Die Bereitschaft der SPD zur Bildung der Großen Koalition macht das Ausmaß der durch den Basiskonsens geprägten Stabilität des politischen Systems der Bundesrepublik deutlich und belegt zudem, daß der Anpassungsprozeß der SPD keinesfalls ein Akt des Verrats „rechter sozialdemokratischer Führer“ an der Arbeiterklasse war, sondern daß er dem Bewußtsein der Parteibasis zumindest nicht widersprochen hat. Denn die Bereitschaft der Sozialdemokratie, einer uneinigen und konzeptionslosen Union politisch aus der „Verlegenheit“ zu helfen, wurde ihr nicht nur durch eine weitere Zufuhr bürgerlicher Wähler gedankt. Auch die sozialdemokratischen Arbeiterwähler hielten der SPD die Treue. Ihr Anteil an der Arbeiterwählerschaft insgesamt erhöhte sich sogar bis 1969 geringfügig (4).

Die Herausbildung eines breiten Basiskonsens in der westdeutschen Bevölkerung über die wesentlichen ökonomischen, politischen und ideologischen Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik hatte seit Ende der fünfziger Jahre eine Auflockerung der Trennungslinien zwischen den sozialen Basen von CDU/CSU und FDP einerseits und SPD andererseits, die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Wählerwanderungen insgesamt, bewirkt. In diesem Zusammenhang begann eine intensive wissenschaftliche und politische Diskussion um den Begriff der *Volkspartei*, um die vermeintliche Entideologisierung politischer und wirtschaftlicher Prozesse und um das Drei-Parteien-Kartell, das im Grunde – so wurde behauptet – nur aus drei Fraktionen ein und derselben Partei bestände. Die Bundestagswahl 1965 schien diese Thesen zu bestätigen: Inhaltliche Kontroversen zwischen den Parteien fanden kaum noch statt, eine politische Polarisierung war im Wahlkampf nicht mehr festzustellen.

Politische Polarisierung infolge der Auflösung des Bürgerblocks

Die These vom „Volksparteien-System“ beschrieb die Wirklichkeit freilich nur oberflächlich: Sie traf zwar die Auflösung des Blockgegensatzes und die Einbeziehung

4 Zur innerparteilichen Opposition der SPD wird demnächst ein Aufsatz in Prokla erscheinen. Zur Haltung der Gewerkschaften angesichts der Bildung der Großen Koalition vgl. den Beitrag von Bodo Zeuner in diesem Heft.

der SPD in die Wählerwanderungen, übersah aber die innerhalb des Bürgertums zunehmenden Tendenzen, Strategien gegen die Auflösung des Bürgerblocks und gegen den Zerfall des CDU-Staates zu entwickeln, um die eigene politische Macht unter den veränderten innen- und weltpolitischen Gegebenheiten zu rekonstruieren. Denn wenn die krisenstrategischen Überlegungen der Sozialdemokratie und ihre Integrationskraft im Hinblick auf die Arbeiterklasse auch funktional für „das Kapital“ waren, so hatte beides doch einen entscheidenden Nachteil: Der Union, dem hauptsächlichlichen Repräsentanten des Bürgertums, drohte der Ausschluß von der politischen Macht.

Dieser Aspekt wird in linken Analysen – in erster Linie wohl wegen der Einschätzung der SPD als bürgerlicher oder wenigstens doch verbürgerlichter Partei – oft übersehen. Die bürgerlichen Klassen teil(t)en in ihrer überwiegenden Mehrheit die Auffassung nicht, oder doch nicht auf lange Sicht, daß sich die SPD zu einer kapitalistischen Ordnungsmacht entwickelt habe. Wenn sie auch deren Verdienste um die Beendigung der Wirtschaftskrise 1966/67 zumeist anerkannten, so befürchteten sie gleichwohl, die SPD werde über längere Zeit verstärkt Arbeiterinteressen vertreten oder doch wenigstens Vergesellschaftungsprozesse eingangssetzen, die die Bewegungsfreiheit der Einzelkapitale einengen bzw. deren Konkurrenzbedingungen verschlechtern und die Reproduktionsinteressen der besitzenden Mittelschichten vernachlässigen würden. Da die bürgerliche Einschätzung der SPD nicht an einem, wie auch immer gearteten, Sozialismus-Modell orientiert ist, sondern langfristig von *Sozialisierungs-Ängsten* beherrscht ist, werden schon solche politischen Maßnahmen als sozialistische Politik bezeichnet, die diese Qualifizierung aus der Sichtweise einer sozialistischen Linken keineswegs verdienen: staatliche Kontrolle des Gesundheitswesens etwa oder die Berufsbildungs-, Jugend- und Familienpolitik. Eine realistische Einschätzung der politischen Situation des Bürgertums muß *auch* diese eher sozialpsychologisch denn materiell begründbaren Sozialisierungs-Ängste als Triebkraft bürgerlicher Politik begreifen.

Die *äußere* Bedrohung durch den Kommunismus des Ostblocks und die Möglichkeiten eines *inneren* Machtzuwachses der Arbeiterbewegung infolge politischer Zerstrittenheit des Bürgertums dürfen als latente Ängste gerade der besitzenden Klassen nicht unterschätzt werden. Die Abschwächung des Ost-West-Konflikts, das faktische Koexistenzverhalten zwischen den USA und der UdSSR in Bezug auf die jeweiligen Einflußsphären, die Niederlage des US-Imperialismus in Südostasien und zum Teil auch in Afrika, die Auflösungserscheinungen der NATO und die entspannungsorientierte Ostpolitik der sozialliberalen Koalition mit ihrer faktischen Anerkennung des Status quo in Gesamt-Deutschland und neuerdings die wachsende Bedeutung von an den spezifisch nationalen Bedingungen sozialistischer Umwälzung orientierten („euro-“) kommunistischen Parteien müssen gerade vom westdeutschen Bürgertum – wenigstens längerfristig – als grundsätzliche Existenzbedrohung gewertet werden. Insbesondere seine politische Avantgarde, der politische Katholizismus, sieht die ideologische Fundierung seiner Führungsrolle als christlich-abendländisches Bollwerk gegen eine kommunistische Bedrohung Europas – ebenfalls längerfristig – als bedroht an. Und dies an mehreren Fronten: Im Osten durch einen

als aggressiv und stalinistisch bezeichneten Kommunismus; im Südwesten durch einen anpassungsfähigeren und damit wesentlich gefährlicheren italienischen bzw. französischen Kommunismus, dem das jeweilige heimische Bürgertum keine erkennbaren Alternativen (5) entgegen zu setzen hat; und schließlich im Innern durch eine Sozialdemokratie, die als vermeintlicher ‚trojanischer Esel‘ mit ihrer Ostpolitik, ihrer angeblich mangelnden Abgrenzung gegenüber Sozialisten/Kommunisten und mit ihrer Sozialisierungstendenzen befördernden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Volksfronttendenzen Vorschub leiste.

Die vermeintliche und tatsächliche Bedrohung des westdeutschen Bürgertums durch diese Faktoren besteht so zwar erst seit einigen Jahren. Viele davon existieren aber schon seit dem Beginn der sechziger Jahre oder waren in der Periode des Zerfalls des Bürgerblocks absehbar. Auf alle Fälle bestimmten sie die mit dem Zerfall des Blocks einhergehenden internen politischen Kontroversen. Die Haltung des Bürgertums gegenüber der SPD ist schließlich nicht nur von längerfristigen Sozialisierungsängsten bestimmt. Teile beider bürgerlicher Parteien waren aktuell, vor allem aus ökonomischen und krisenprophylaktischen Erwägungen, durchaus an internationaler Entspannung und an einer unmittelbaren Einbindung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in die staatliche Politik interessiert. Dieser Gegensatz zwischen längerfristiger politisch-strategischer und antisozialistischer Orientierung sowie zwischen aktuellen und zudem regional-spezifischen materiellen Reproduktionsinteressen und damit zusammenhängenden tagespolitischen Erfordernissen wies in seiner Substanz wahrscheinlich auf die zunehmend divergierenden Bedürfnisse von weltmarktorientiertem Großkapital einerseits und wirtschaftlich national und staatsinterventionistisch orientiertem Mittelstand sowie der Schwer- und Rüstungsindustrie andererseits hin. Bei zwischen- bzw. innerparteilichen Auseinandersetzungen freilich spitzte sich dieser Gegensatz auf Fragen der Bündnis- und Koalitionspolitik sowie der Außen- und Sicherheitspolitik zu. Der langsame Frontwechsel der FDP seit spätestens 1961 vom Bürgerblock weg und hin zur Sozialdemokratie muß auch als Ausdruck dieser zunehmend divergierenden ökonomischen Interessen verschiedener bürgerlicher Fraktionen gewertet werden. Und auch innerhalb der Unionsparteien schwelten seit dem Beginn der sechziger Jahre die darauf beruhenden Auseinandersetzungen; sie haben sich dabei zunehmend verschärft und nach der Bundestagswahl 1976 eine neue Qualität angenommen.

Schon in den sechziger Jahren hatte Franz Josef Strauß seine an den Gaullismus (6) anknüpfende antisozialistische Europa-Konzeption entwickelt (7) als eine neue, den veränderten Bedingungen angepaßte, ideologisch-programmatische Platt-

5 Ob die gerade rekonsolidierte gaullistische Sammlungsbewegung eine solche Alternative formulieren kann, bleibt abzuwarten.

6 Zur Auseinandersetzung zwischen Atlantikern (Erhard, Schröder) und Gaullisten (Adenauer, Strauß) in den Unionsparteien: Alf Mintzel, Der Fraktionszusammenschluß nach Kreuth: Ende einer Entwicklung?, erscheint in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 8. Jg. 1977, H. 1, März 1977.

7 Vgl. hierzu: Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966; ders., Herausforderung und Antwort, Stuttgart 1968; Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, hrsg. v. Dieter Halfman, Köln 1971.

form für einen bürgerlichen Intraklassenkonsens nicht nur des westdeutschen Bürgertums. Doch vermochten sich die von Strauß repräsentierten politischen Kräfte gegenüber der Unionsmehrheit damals nicht durchzusetzen. Sie vollzog vielmehr aus wirtschaftlichen und politischen Gründen den internationalen Entspannungskurs vorsichtig nach. Denn ein latenter Konflikt mit dem amerikanischen Imperialismus erschien ihr für die Stellung des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt zu gefährlich. Hinzu kam die akute Gefahr einer Trennung der entspannungsorientierten Liberalen von der Union, was auf alle Fälle vermieden werden sollte.

Die reaktionären Konservativen um Strauß drängten dennoch weiterhin auf politische Polarisierung und Vereinheitlichung des Bürgertums gegenüber der Sozialdemokratie. Der Kanzlersturz im Herbst 1966 durch Strauß wurde mit der Unfähigkeit Erhards begründet, die Union einheitlich in den (Wahl-)Kampf gegen die SPD zu führen. Und die Große Koalition ist von den Reaktionär-Konservativen wohl in erster Linie in der Absicht gebilligt worden, die FDP mit der Unterstützung der SPD aus dem Bundestag zu katapultieren (Wahlrechtsreform). Dieser Plan scheiterte an der SPD, die mit Hilfe der FDP einen sozialdemokratischen Bundespräsidenten wählen und mit dieser Partei die künftige Bundesregierung bilden wollte und deshalb an einer Erhaltung des Basiskonsens wie an möglichst geringer politischer Polarisierung interessiert war. Daraufhin drängte die CSU 1968/69 – wiederum vergebens – auf einen harten Wahlkampf gegen die SPD. Die Sozialkonservativen um Rainer Barzel befürchteten als Folge einer Polarisierungsstrategie das Abwandern der katholischen Arbeiter zur SPD und scheuten sich vor allem davor, der inzwischen von Linkliberalen beherrschten FDP durch eine reaktionäre Wahlkampfführung vor den Kopf zu stoßen und sich so womöglich die Wiederauflage einer konservativ-liberalen Koalition im Bund zu verbauen oder Koalitionen in den Ländern zu gefährden.

Die Stabilisierung des westdeutschen Parteiensystems war also Ausdruck des Basiskonsens zwischen den Klassen der westdeutschen Gesellschaft. Der Zustand der Stabilität läßt sich aber mit Begriffen wie „Volksparteien-System“, „Drei-Parteien-Kartell“ nur unzureichend beschreiben. Zwar war die politische Polarisierung zwischen den Parteien – vor allem in tagespolitischen Fragen – gering. Im Hinblick auf längerfristige Strategien der Machtbewahrung oder des Machterwerbs jedoch, war eine derartige Polarisierung unverkennbar.

Diese Situation fand ihre Entsprechung innerhalb der sozialen Basis aller Bundestagsparteien: Der geringen *politischen* Polarisierung entsprach eine geringe *soziale* Polarisierung.

Soziale Polarisierung infolge der Auflösung des Bürgerblocks.

Eine Analyse der Wählerbasen der drei Bundestagsparteien (8) zeigt, daß hier seit 1965 deutliche Polarisierungstendenzen einsetzten. Bis 1965 wählten über die Hälfte der Arbeiter, etwa ein Drittel der Beamten/Angestellten und knapp ein Fünftel der

8 Vgl. Tabelle 8, in: Prokla 25, S. 34/35.

Tabelle 9:

*Berufliche Gliederung der Mitglieder der SPD auf Bundesebene im Zeitverlauf
(in Prozent) (1)*

In Ausbildung	1930 (2)	1952	1956/ 1957	Ende 1966	Oktober 1968	15. Juni 1973	31. Dez. 1975 (3)
Arbeiter	59,48	45	40	32	34,5	26,43	27,64 (4)
Angestellte	10,02	17	(14 %)	19	20,6	21,93	23,69
Beamte	3,95	5		8	9,9	8,96	9,53
Selbständige (5)	4,57	12	6	5	5,2	4,83	4,67
Landwirte	—	2	1	—	—	0,36	0,24
Rentner	4,64	12	25	18	24,2	13,35	11,25 (6)
Hausfrauen	17,13	7	14	16	4,3	9,92	9,85
In Ausbildung	0,20	—	—	1	0,9	6,84	7,97 (7)
Keine Angaben	—	—	—	—	0,5	6,62	4,61
Restgruppe/ Sonstige	—	—	—	1	—	0,76	0,50
Insgesamt	99,99	100	100	100	100,1	100,00	99,95

- 1 Für Nachweise zu den Werten von 1952 bis 1973 vgl. Horst W. Schmollinger, *Abhängig Beschäftigte . . .*, S. 7, Tab. 1.
- 2 SPD, *Jahrbuch der SPD 1930*, Berlin 1931, S. 134.
- 3 SPD-Jahresstatistik, Auswertung des Mitgliederbestandes, Gesamtorganisation, Stichtag 31.12.75.
- 4 In der zit. Quelle: „Arbeiter/Facharbeiter“.
- 5 Einschließlich „Freie und geistige Berufe“.
- 6 In der zit. Quelle: „Rentner/Pensionäre“.
- 7 Zusammengefaßt aus: 1,33 % Lehrlinge und 6,64 % Schüler/Studenten.
- 8 In der zit. Quelle: „Berufssoldaten“.

Tabelle 10:

*Berufliche Gliederung der Mitglieder der FDP im Zeitverlauf
(in Prozent) (1)*

	1965	1967	1971	1974 (2)
Arbeiter	14	14	4,9	5
Angestellte	25	40	32,7	29
Beamte	15	8	19,6	13
Selbständige	36	28	31,1	30
Rentner	—	—	—	7 (4)
Hausfrauen	—	—	—	7
In Ausbildung	—	—	—	9 (5)
Sonstige	11	10	11,7	—
Insgesamt	101	100	100,0	100

- 1 Für die Werte von 1965 bis 1971 vgl. Horst W. Schmollinger, *Abhängig Beschäftigte . . .*, S. 16, Tab. 8 a.
- 2 FDP, *Berufliche Gliederung der Mitglieder der FDP auf Bundesebene, Vorläufiges Ergebnis von 1974*.
- 3 In der zit. Quelle: „Freie Berufe und Selbständige (Einschl. Landwirte).“
- 4 „Rentner/Pensionäre“.
- 5 Studenten/Schüler

Selbständigen die SPD (9). In allen Gruppen war der Trend steigend. 1965 wurden die Unionsparteien von 42 % der Arbeiter, über der Hälfte der Beamten/Angestellten, 58 % der Selbständigen und 93 % der Landwirte gewählt. Die FDP erzielte bei denselben Wahlen deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse bei den Selbständigen, deutlich unterdurchschnittliche dagegen bei den Arbeitern.

Zwischen 1965 und 1969 bildeten sich dann die angedeuteten Polarisierungstendenzen heraus: Die SPD gewann Arbeiter hauptsächlich von der CDU, von CDU und FDP Beamte/Angestellte. Die CDU wiederum gewann nur bei den Selbständigen hinzu. Sie war damit Mehrheitspartei bei den Selbständigen und Landwirten, die SPD dagegen bei den Arbeitern. Bei den Beamten/Angestellten hielten sich beide Parteien mit 45 % bzw. 46 % die Waage. Arbeiter sowie Selbständige/Landwirte bilden also die beiden auf SPD und CDU bezogenen Pole innerhalb der Gesamtwählerschaft. Das zum Gegensatz christlich-sozialistisch verbrämte konfessionelle Schisma ist offensichtlich seit der Verfestigung des Basiskonsens durch diese sozialstrukturelle Polarisierung überlagert worden, am deutlichsten natürlich bei den Arbeitern, schwächer bei den Beamten/Angestellten, die im Gravitationsfeld beider Pole lagen und liegen. Die Überrepräsentanz der zwischen diesen beiden Polen angesiedelten Beamten/Angestellten in den Parteiapparaten von CDU und SPD mag als sozialstrukturelles Merkmal der Konsensfähigkeit der Parteien gewertet werden.

Die soziale Struktur der sozialdemokratischen Wähler wich von der der Mitglieder deutlich ab: Während der Anteil der Arbeiter an den SPD-Wählern stieg, sank er bei den Mitgliedern deutlich; dagegen waren Angestellte und Beamte unter den Parteimitgliedern im Vergleich zur Wählerschaft überproportional vertreten. Diese Disparität verstärkt sich noch in Bezug auf die Berufsstruktur der Inhaber von Partei- und öffentlichen Wahlämtern. 1968 wurden derartige Positionen zu etwa 45 % von Beamten/Angestellten (davon wiederum etwa 40 % Beamte) wahrgenommen, die damals nur 30 % der Mitglieder ausmachten (10). Die CDU-Mitgliederschaft setzte sich 1968 zu knapp einem Drittel aus Beamten/Angestellten und zu einem weiteren Drittel aus Selbständigen zusammen. Unter den CDU-Funktionären waren 53,0 % Beamte/Angestellte und 30 % Selbständige.

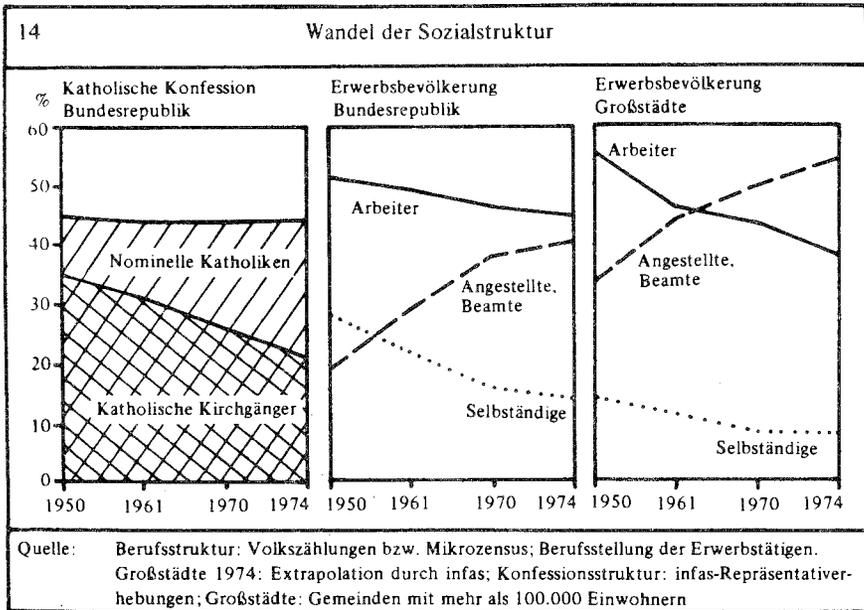
Ergebnis dieser sozialstrukturellen Polarisierung zwischen SPD und CDU in Bezug auf Arbeiter bzw. Selbständige/Landwirte war dann auch ein Strukturwandel der FDP zwischen 1965 und 1969: Sie verlor einen Großteil ihrer selbständigen Wähler und öffnete sich, sichtbar 1972, für Beamte/Angestellte, wobei mittlere und hö-

-
- 9 Wenn hier und im folgenden auf die in Prokla, 6. Jg. 1976, Nr. 4, H. 25, S. 34, Tabelle 8 wiedergegebenen Daten Bezug genommen wird, dann geschieht dies vor allem, um die in den sich im Zeitverlauf verändernden Prozentwerten sichtbaren Tendenzen aufzuzeigen. Denn obwohl es sich bei den dort aufgeführten Werten um Ergebnisse methodisch relativ gut abgesicherter repräsentativer Umfragen handelt, müssen die konkreten Prozentwerte aus mancherlei Gründen (wie beispielsweise wegen der problematischen Kategorien-Bildung und teilweise geringer Fallzahlen) sehr vorsichtig beurteilt werden.
- 10 Horst. W. Schmollinger, Abhängig Beschäftigte in Parteien der Bundesrepublik: Einflußmöglichkeiten von Arbeitern, Angestellten und Beamten, in: Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), zum nachdenken Nr. 55, Wiesbaden 1974, S. 24.

Tabelle 11:
Berufliche Gliederung der Mitglieder der CDU auf Bundesebene im Zeitverlauf
(in Prozent) (1)

	1955	1956/57	31. Dez. 64	Okt. 68	Sept. 73	30. Jan. 76
Arbeiter	15	10	14,63	13,1	11	10,88
Angestellte	18		19,80	16,9	26	27,19
Beamte	9	(38 %)	10,94	15,8	13	12,51
Selbständige (3)	38	39	37,10	32,8	28	26,43
Rentner	7	5	—	14,2	6	5,26
Hausfrauen	13	7	—	6,6	8	9,82
In Ausbildung	—	—	—	0,5	5	5,82
Sonstige	—	—	17,53	—	—	0,56
Restgruppe	—	—	—	—	3	1,52
Insgesamt	100	99	100,00	99,9	100	99,99

- 1 Für die Werte von 1965 bis 1971 vgl. Horst W. Schmollinger, *Abhängig Beschäftigte . . .*, S. 11, Tab. 4
- 2 CDU, Statistischer Bericht der zentralen Mitgliederkartei, Stand 30.6.1976.
- 3 Einschließlich der Landwirte und der Kategorie „Freie Berufe, Geistliche“.

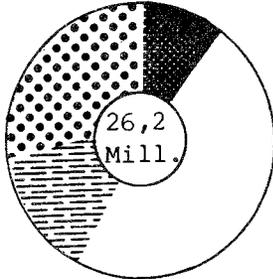


Übernommen aus: Ursula Feist und Klaus Liepelt, *Machtwechsel in Raten: Das Parteiensystem auf dem Weg zur Mitte*, in: *Wahlforschung. Sonden im politischen Markt*, Opladen 1976, S. 47.

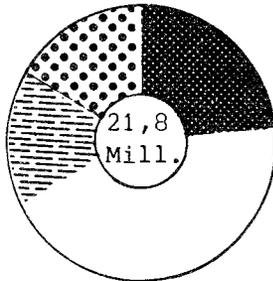
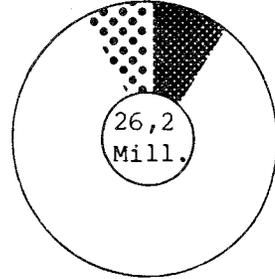
Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf (in %)

Wirtschaftsbereiche

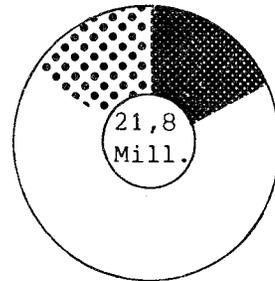
Stellung im Beruf



1974



1950



-  Produzierendes Gewerbe
-  Handel und Verkehr
-  Sonstige (Dienstleistungen)
-  Land- und Forstwirtschaft

-  Abhängige
-  Mithelfende Familienangehörige
-  Selbständige

Statistisches Bundesamt 750307

Übernommen aus: Horst W. Schmollinger/Richard Stöss, Sozialstruktur und Parteiensystem, in: Dietrich Staritz (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1976, S. 218.

here Positionen, vor allem leitende Angestellte, dominierten (11).

Diese tiefgreifenden Umschichtungen in ihrer sozialen Basis bedeuteten sozialstrukturell eine Annäherung der FDP an die SPD und wurden von einem programmatischen Wandel der Liberalen begleitet, der sich 1971 in den „Freiburger Thesen“ niederschlug. Die Trennung des Besitzmittelstandes von der Partei ermöglichte es den liberalen Demokraten um Scheel, Mischnick, Genscher und Maihofer, beherrschenden innerparteilichen Einfluß zu gewinnen und die FDP in ein sozialliberales Bündnis einzubringen. Die nationalliberalen Spitzenpolitiker um Mende, Zoglmann, Bahner u. a. verließen daraufhin die Partei und gründeten die Nationalliberale Aktion (NLA, 1970) bzw. die Deutsche Union (DU, 1971) – einige von ihnen fanden sich später bei der Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP) ein – oder aber sie wechselten direkt, teilweise als Bundestagsabgeordnete, von der FDP zur CDU/CSU über.

Die hier nur kurz skizzierte *sozialstrukturelle* Polarisierung innerhalb der Gesamtwählerschaft entsprach also – und dies galt es zu zeigen – der geringen *politischen* Polarisierung zwischen den Bundestagsparteien. Das insgesamt geringe Ausmaß der Polarisierung muß als Ausdruck der Existenz eines Basiskonsens gewertet werden. Die Tendenz zur stärkeren Polarisierung, die sich bis zur Bundestagswahl 1972 fortsetzte, bei der vergangenen Wahl freilich wieder rückläufig war, widerspricht der Existenz eines Basiskonsens nicht, denn er läßt offensichtlich eine gewisse Marge sozialer und politischer Polarisierung zu. Die große Masse der zwischen den Polen Selbständige/Landwirte und Arbeiter oszillierenden Beamten/Angestellten dürfte die Spannungen zwischen beiden Polen abmildern. Dies und die unverkennbare Schwerfälligkeit der Wählerbewegungen zwischen den Parteien ist wesentlicher Ausdruck der Stabilität des westdeutschen Parteiensystems.

Die Bundestagswahlen 1969 und 1972

Wenn im folgenden die Kontinuitäten und Veränderungen der Sozialstruktur der Wähler verschiedener Parteien untersucht werden, so muß die Einschätzung dieser Entwicklung vor dem Hintergrund sozialstruktureller Entwicklungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft erfolgen, an die hier aus Raumgründen nur in Form zweier Graphiken (12) erinnert werden kann (s. S. 119 unten und S. 120).

Unser Interesse gilt im folgenden hauptsächlich den sozialstrukturellen Veränderungen in den Wählerbasen der einzelnen Parteien und mithin der Frage, ob und wie sich die Bindung von Klassen (und Schichten) an Parteien auf der Ebene von Wahlen im Zeitverlauf verändert hat. Insofern ist es für uns unerheblich, ob bei den

11 Ebd., S. 16. Nähere Angaben zur Mitgliedschaft der FDP machen das Ausmaß der Veränderung deutlich. So rekrutierten sich 1971 die 27,4 % Selbständigen aus 17,2 % Selbständigen des nichtlandwirtschaftlichen Bereichs und aus 10,2 % freiberuflich Tätigen. Und von den 32,7 % Angestellten waren 14,1 % leitende Angestellte. Nach: IPK, Zur Wahlkampfstrategie der FDP, S. 20.

12 Hier wird die Entwicklung der Gesellschaft der Bundesrepublik nicht in klassenanalytischen Kategorien dargestellt, sondern in solchen Kategorien, die in Wahlstatistiken und Wahlanalysen benutzt werden.

zu analysierenden einzelnen Bundestagswahlen die für bestimmte Parteien abgegebene Anzahl von Stimmen an der Gesamtzahl der gültigen (Zweit-)Stimmen oder an den Wahlberechtigten insgesamt gemessen wird. Denn uns erscheint für eine Diskussion der politischen Perspektiven wesentlicher zu sein, die Entwicklung der Zusammensetzung von Wählern wie von Nichtwählern darzustellen.

Nun wird der Einwand erhoben, daß bei einer Prozentuierung auf der Basis von abgegebenen gültigen (Zweit-)Stimmen – und mithin der Vernachlässigung der Nichtwähler – politische Probleme verschleiert werden könnten, was unter Umständen die Unterstützung einer bestimmten Politik durch verfälschende Wahlanalysen bedeute (13). Diese Argumentation für eine Prozentuierung auf der Basis der Wahlberechtigten ist mit der Intention verbunden, den Grad der Mobilisierung zu verdeutlichen, der bei Wahlen von *einzelnen Parteien* erreicht wird. Aber das Verfahren kann der Intention nicht gerecht werden, denn *allein* aufgrund der Prozentuierung auf der Basis der Wahlberechtigten und der Veränderung dieser Prozentzahlen im Zeitverlauf kann lediglich etwas über die Mobilisierung ausgesagt werden, die bei den Wahlen vom *Parteiensystem insgesamt* erreicht wird. Aussagen über die komplexen Austauschprozesse zwischen den Parteien oder über die Auswirkungen der Beteiligung ehemaliger Nichtwähler auf das Wahlergebnis sind so nicht möglich.

Überdies enthält das Verfahren der Prozentuierung auf der Basis von Wahlberechtigten den Fehler, daß das „Wählerpotential“ undifferenziert und d. h. auch klassenunspezifisch betrachtet wird; es bleibt nicht nur unbestimmt, welche Gruppen der Nichtwähler überhaupt zu Wählern einer Partei geworden sind, sondern es fehlt außerdem jeglicher Hinweis darauf, welche Nichtwähler potentielle Wähler für eine Partei werden könnten.

13 Jürgen Seifert, Thesen zur Bundestagswahl, in: Prokla, 6. Jg. 1976, Nr. 4, H. 25, S. 5, Anm. 1. Im folgenden wird die Problematik dieser Vorgehensweise zunächst generell dargestellt, also sowohl für den Vergleich verschiedener Bundestagswahlergebnisse als auch für den Vergleich von Landtags- mit Bundestagswahlergebnissen. Die unterschiedlichen Mobilisierungsraten bei Bundes- und Landtagswahlen sprechen nicht dafür, daß die dort erheblich höhere Zahl von Nichtwählern potentiell gegen die SPD mobilisierbar sei. Zwar erscheinen uns Erklärungsversuche plausibel, wie sie beispielsweise Hans See im Hinblick auf die SPD formuliert. See weist darauf, daß die Politik der „Staatspartei“ häufig im Widerspruch zu kommunalen aber auch regionalen Erfordernissen stehe und daß diese Widersprüche den schon vorhandenen Gegensatz zwischen Parteiführung und sozialer Basis verstärkten. Dies wirke sich auch auf der Ebene von Wahlen aus. (Vgl. Hans See. Die SPD als Kommunal- und Staatspartei, in: Bürgerlicher Staat und politische Legitimation, hrsg. v. Rolf Ebbighausen, Frankfurt a.M. 1976, S. 412 ff.) Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, daß Nichtwähler ein außerparteilich mobilisierbares Potential darstellen. Eine Untersuchung zu dieser Problematik kam nämlich zu dem Ergebnis, daß Nichtwähler in Nordrhein-Westfalen eindeutig „SPD-Profil“, ja, daß sie in Bezug auf ihre Präferenzen keinerlei signifikante Unterschiede zu SPD-Wählern zeigten. (Vgl. Friederike Golzem und Klaus Liepelt, Wahlhaltung als Regulativ: Die sporadischen Nichtwähler, in: Wahlforschung. Sonden im politischen Markt, Opladen 1976, S. 140.)

Die Bundestagswahl 1969

Die Bundestagswahl 1969 stand ganz im Zeichen der sich herausbildenden (geringen) sozialen Polarisierung zwischen Selbständigen/Landwirten und Arbeitern um CDU/CSU bzw. SPD. Auch im Wahlkampf war nur eine begrenzte politische Polarisierung spürbar. Die Union konzentrierte sich auf die Person Kurt Georg Kiesingers, der als Repräsentant der staatstragenden Partei CDU/CSU und als Erbwalter Konrad Adenauers dargestellt wurde. Was die politischen Inhalte anbelangt, so sprach sich Kiesinger nicht grundsätzlich gegen eine Fortführung der entspannungsorientierten Ostpolitik und auch nicht gegen Reformen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik aus. Er warnte allerdings in der Endphase des Wahlkampfes besonders heftig vor Sozialisierungstendenzen in der SPD. Im Gegensatz dazu stellte sich die CSU in ihrem Wahlkampf frontal gegen die SPD. Sie führte ihn mit nationalistisch-konservativen und antisozialistischen Parolen wie „. . . gegen sozialistische Gleichmacherei, gegen Vernichtung des Mittelstandes, gegen Auslieferung deutscher Interessen an die Sowjets“. (14)

Dagegen präsentierte sich die SPD als moderne Reformpartei mit den „richtigen Männern“, wobei Karl Schiller wegen der in der letzten Wahlkampfunde heftig geführte Aufwertungsdebatte neben Willy Brandt zum Wahlkampfstar der SPD wurde. Wichtiger aber war vermutlich die hohe Mobilisierung der Parteibasis und die aktive Einbeziehung von SPD-Sympathisanten (Wählerinitiativen) in die Wahlkampfführung.

Auch die FDP führte einen progressiven Wahlkampf, drapierte ihre Initialen mit Pünktchen und versprach, die alten Zöpfe abzuschneiden. Nachdem sie schon bei der Wahl des Bundespräsidenten für (den im dritten Wahlgang gewählten) Gustav Heinemann gestimmt hatte, präsentierte sie sich nun im Wahlkampf als möglicher Partner der SPD für eine künftige Reformpolitik.

Die SPD erzielte bei den Wahlen 42,7 % der abgegebenen gültigen Zweitstimmen; sie überschritt damit erstmals die 40 %-Grenze. Gegenüber 1965 verbesserte sie sich mit diesem Ergebnis um 3,4 Prozentpunkte. Die CDU verlor gegenüber 1965 1,4 Punkte. Sie erhielt 36,6 % der Zweitstimmen. Die CSU konnte ihr vorangegangenes Wahlergebnis halten: 9,5 % der Wähler (1965: 9,6 %) gaben ihr die Stimme. Beide Parteien zusammen brachten es also auf 46,1 %. Massive Stimmenverluste mußte die FDP hinnehmen: Sie büßte gegenüber 1965 3,7 Prozentpunkte ein und blieb mit 5,8 % Zweitstimmenanteil nur knapp über der 5 %-Grenze. Der FDP-Verlust von 1.193.317 Zweitstimmen gegenüber 1965, und das waren immerhin 38,5 % des damals Erreichten, läßt das Ausmaß der Niederlage der FDP erkennen. Die NPD schließlich verfehlte mit 4,3 % nur knapp den Einzug in den Bundestag (15).

Hinter diesen Veränderungen der Parteienteile verbergen sich wesentliche Wandlungen der sozialen Basen der drei im Bundestag vertretenen Parteien. Zunächst frei-

14 Werner Kaltefleiter et. al., Im Wechselspiel der Koalitionen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1969, in: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Jahrbuch 1970, Teil 1, S. 70.

15 Hans D. Klingemann/Franz Urban Pappi, Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. September 1969, in: PVS, 11. Jg. 1970, S. 113 f.

lich muß auch für die Wahl 1969 die grundsätzliche Stabilität der sozialen Basis von CDU und SPD festgehalten werden, die beide Parteien seit der Wahl 1953 charakterisierte und weiterhin charakterisieren wird. Nach wie vor hatte die SPD ihren Schwerpunkt bei den protestantischen, gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und damit, um es ökologisch auszudrücken, in protestantisch-städtischen Bereichen. Und auch der CDU waren ihre Schwerpunkte erhalten geblieben: die katholischen Selbständigen des landwirtschaftlichen Bereichs. Damit hatte die CDU ihre Bastionen nach wie vor in katholisch-ländlichen Gebieten (16). Neben dieser – für die Bundesrepublik charakteristischen – Stabilität gab es freilich umfangreiche Fluktuationen und wesentliche strukturelle Verschiebungen in den Wählerbasen von CDU, FDP und SPD.

Geht man von der stabilen je spezifischen Wählerbasis der beiden großen Parteien aus, dann ergaben sich – wie Meinungsumfragen zeigen – weitreichende Veränderungen vor allem in der Gruppe der Angestellten und Beamten. In dieser Gruppe erzielte die SPD gegenüber der Wahl 1965 einen Zuwachs von 12 Prozentpunkten. Hatten damals 34 % aller Angestellten und Beamten SPD gewählt, so waren es 1969 46 % (17). Dabei waren die Zunahmen unter den Katholiken in diesen Berufsgruppen erheblich höher als unter den Protestanten. Untersucht man Beamte und Angestellte getrennt, dann zeigt sich, daß die Veränderungen im Wahlverhalten der Angestellten entscheidend waren. Noch 1965 hatten nur 28 % der Angestellten für die SPD gestimmt, während 1969 45 % für diese Partei votierten. Bei den Beamten aber erhöhte sich der Anteil der SPD-Wähler von 27 % im Jahre 1965 auf 38 % im Jahre 1969 (18). Diese Veränderungen zugunsten der SPD verliefen vor allem auf Kosten der CDU, die bisher unter Beamten und Angestellten dominiert hatte und nun – 1969 – insbesondere unter den Katholiken dieser Gruppen erheblich verlor. In protestantisch-städtischen Regionen ging dieser Prozeß freilich wohl auch zu Lasten der FDP.

Unter den Arbeitern insgesamt ergaben sich hinsichtlich des Wahlverhaltens keine überdurchschnittlichen Veränderungen: Die Parteiateile veränderten sich etwa parallel zur Gesamtwählerschaft. Zwar konnte die SPD ihren Anteil unter den katholischen Arbeitern ausweiten, doch blieben ihre Zuwachsraten in beiden Gruppen geringer als in der Wählerschaft insgesamt. Bei einer differenzierteren Betrachtung dieser Gruppe ergeben sich interessante Aufschlüsse: Während die SPD unter Facharbeitern ihre Position nicht verbessern konnte, gelang ihr dies unter den an- und ungelerten Arbeitern. D. h.: Die – wenn auch unterdurchschnittliche – Zunahme der SPD-Wähler unter den Arbeitern ist besonders auf die bei katholischen an- und ungelerten Arbeitern erzielten Gewinne zurückzuführen (19).

Eine deutliche Polarisierung ergab sich 1969 in der Gruppe der Selbständigen des nicht-landwirtschaftlichen Bereichs. Diese Gruppe, die seit eh und je mehrheitlich für die CDU/CSU votiert hatte, konzentrierte ihre Stimmen nunmehr zu drei

-
- 16 Max Kaase, Determinanten des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1969, in: PVS, 11. Jg. 1970, S. 75 ff.
 - 17 Vgl. Tabelle 8, in: Prokla 25, S. 34/35
 - 18 Hans D. Klingemann/Franz Urban Pappi, S. 124, Tabelle 9.
 - 19 Vgl. dazu ebd., S. 123

Vierteln auf diese Parteien. Dieser Konzentrations-Prozeß ging nahezu ausschließlich zu Lasten der FDP, für die noch 1965 19 % aller Selbständigen gestimmt hatten, im Jahre 1969 dagegen waren es nur noch 8 % (20).

Bei den Landwirten verlor die CDU und FDP an Böden, wenn auch die deutliche Mehrheit bei der CDU verblieb. Von diesen Verlusten profitierte insbesondere die NPD. Dieses Wählerverhalten im Jahre 1969 bedeutete, daß die CDU/CSU zu ihrer Kerngruppe – den katholischen Selbständigen – den protestantischen Teil dazugewann. Ein Teil der protestantischen Selbständigen und Landwirte verblieb auch 1969 bei der FDP (21).

Die sozialliberale Koalition verfügte nach diesem für sie knappen Wahlergebnis im Bundestag nur über 254 Mandate, die Unionsparteien hingegen über 242. Diese hauchdünne Mehrheit stellte insofern eine Belastung der Koalition dar, als der tiefgreifende Wandel der FDP die Fraktionsloyalität einer Reihe von nationalliberalen Abgeordneten in Frage stellte. Auch innerhalb der SPD regte sich Opposition gegen die Ostpolitik bzw. gegen den angeblich sozialistischen Kurs der Partei (22).

Das Abbröckeln der sozialliberalen Bundestagsfraktionen bewog die Unionsparteien einen Tag nach der für sie erfolgreichen Landtagswahl in Baden-Württemberg zum Versuch eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen den Bundeskanzler, der zwar im Parlament ohne hinreichende Mehrheit regierte, aber während des gescheiterten Versuchs des Kanzlersturzes eine Vielzahl von Sympathiekundgebungen gerade auch aus Betrieben und von demonstrierenden Arbeitern erhielt. Die Mehrheitslage im Bundestag zwang zur vorzeitigen Ausschreibung von Neuwahlen.

Die Bundestagswahl 1972

Obwohl im Bundestagswahlkampf 1969 die soziale Reformpolitik nur halbherzig offensiv vertreten und die konservative Opposition reichlich diffus und vor allem uneinheitlich formuliert worden war, zeigten sich darin doch Momente eines zunehmenden politischen Gegensatzes. Von politischer Konfrontation konnte zum damaligen Zeitpunkt freilich noch nicht gesprochen werden, denn die Unionsparteien verfügten 1969 weder über eine einheitliche Strategie zur Schwächung des sozialreformerschen Lagers noch über eine intern akzeptierte Alternativprogrammatische. Dies und vor allem die Tatsache, daß der CDU der Wandel von einem Kanzlerwahlverein zu einer mobilisierungsfähigen Massenintegrationspartei damals noch nicht gelungen war – dies gilt freilich nicht für die CSU –, schloß einen offensiven Wahlkampf aus. Der Sieg der sozialliberalen Koalition trug allerdings wesentlich dazu bei, daß das konservative Lager nach 1969 daran ging, ein auf Machtwechsel ausgerichtetes Oppositions-

20 Vgl. Tabelle 8, in: Prokla 25, S. 34/35.

21 Vgl. Hans D. Klingemann/Franz Urban Pappie, S. 124, Tabelle 8.

22 Die Entwicklung dieser oppositionellen Tendenz führte zunächst zu individuellen Übertritten zur CDU und später zu Parteigründungen der Rechtsopponenten, wie beispielsweise dem Bund Freies Deutschland (1973) und der Sozialen Demokratischen Union (1976).

konzept zu entwickeln und vor allem seine organisatorischen Defizite zu beseitigen (23).

Das Wahlkampfkonzept der FDP hatte sich 1969 in Stimmenverlusten niedergeschlagen: Durch ihre klare Selbstdarstellung als Fortschrittspartei hatte sie Verluste unter den nationalliberalen besitzbürgerlichen Wählern hinnehmen müssen, die sie nach links nicht kompensieren konnte, was im übrigen nur zu Lasten der SPD möglich gewesen wäre. So waren die Liberalen nun vor die Aufgabe gestellt, ihre Wählerbasis zu konsolidieren, und zwar einmal dadurch, daß sie dem zu erwartenden Sog zur SPD entgegenwirkten, zum anderen durch eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der zur FDP neigenden Schichten innerhalb der Beamten/Angestellten sowie der Selbständigen(/Landwirte). Politisch machte dies eine deutlichere Abgrenzung gegenüber der SPD notwendig, was die FDP durch eine Betonung ihrer Rolle als liberales – und das bedeutete de facto: besitzbürgerliches – Korrektiv gegenüber der Sozialdemokratie, aber im Rahmen des Regierungsbündnisses, zu leisten versuchte.

Diese FDP-Strategie war es denn auch, die die Union dazu zwang, eine strategische und programmatische Alternative zu entwickeln. In der relativen Eigenständigkeit der FDP sah der sozialkonservative Unions-Flügel einen Ansatzpunkt, um die Koalition auseinanderzuidividieren. Vor allem in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und im Saarland propagierten die Christdemokraten eine Politik der begrenzten Konfrontation, die sich in erster Linie gegen den linken Flügel der SPD und gegen Reformen richtete, die aus CDU-Sicht Vergesellschaftungs- oder Verstaatlichungstendenzen beförderten, ohne aber zugleich die generelle Notwendigkeit von Reformen in bestimmten Bereichen zu bestreiten. Damit sollte die Union sowohl für alle Wähler aus der Gruppe Beamte/Angestellte als auch für eine Koalition mit der FDP offengehalten werden. Die ständige Warnung vor Sozialisierungsgefahren und die Beschwörung innerer Feindbilder sollte den Wählertrend zur SPD/FDP stoppen oder rückgängig machen. Diese Strategie muß auch im Zusammenhang mit dem Einfluß der Sozialausschüsse vor allem in Nordrhein-Westfalen und im Saarland sowie mit den Bemühungen der Union in Niedersachsen und Schleswig-Holstein gesehen werden, der Abwanderung der (Land-)Arbeiter Einhalt zu gebieten: Ein einseitig reaktionär-konservativer Kurs der CDU war in den Regionen mit hohem Arbeiteranteil bzw. in industriellen Ballungsgebieten mit hohem CDU-Stimmenanteil nicht möglich.

Die reaktionär-konservative Variante der Machtstrategie kam aus Bundesländern oder Regionen, in denen derartige Rücksichten nicht notwendig waren: in erster Linie aus Bayern, dann aber auch aus Nordhessen und Baden-Württemberg. Die CSU beispielsweise hatte ebenso wenig Chancen, in der traditionell SPD wählenden fränkisch-protestantischen Arbeiterschaft nennenswerte Wählerschichten für sich zu gewinnen, wie die CDU bei Arbeitern in der Rhein-Main- und Rhein-Neckar-Region. Andererseits waren die Arbeiter etwa in den neuen bayerischen Industriegebieten kaum ein Wählerreservoir für die SPD, weil hier die Lohnabhängigen aus gerade erst

23 Zwischen 1968 und Oktober 1972 erhöhte sich die Mitgliederschaft der CDU von 284.771 auf 402.749 Personen.

proletarisierten Bauern oder Kleinbürgern bestanden, die bewußtseinsmäßig und wegen ihrer ländlich-kleinstädtischen Lebenslage immer noch eng an die CSU gebunden waren (24).

Unter solchen ökonomischen und sozialstrukturellen Bedingungen gedieh die auf harte Konfrontation mit den Sozialliberalen ausgerichtete reaktionäre Strategie, die weniger auf eine attraktive Politik für das Wählerpotential zwischen Arbeitern und Selbständigen und eine mögliche Koalition mit der FDP abzielte, sondern eher auf die agitatorische Herstellung eines emotionalen Bekenntniszwangs für eine freie bürgerliche oder eine totalitäre sozialistische Gesellschaft. Wurde die Formel „Freiheit oder Sozialismus“ auch erst Anfang 1976 geprägt, so bildete sie doch seit Bestehen der SPD-FDP-Koalition die Grundlage eines auf Antikommunismus, Feindbildern und volksgemeinschaftlichen Ideologien (25) beruhenden reaktionären Integrationskonzepts der CSU nach dem Vorbild der Adenauer-CDU. Bei diesem Konzept stand nicht die Zusammenführung unterschiedlicher Interessen im Vordergrund, was bei der sozialkonservativen Strategie noch teilweise der Fall war, sondern die ideologische Vereinheitlichung des Bürgertums gegen einen angeblich existenzbedrohenden Sozialismus in und außerhalb der Bundesrepublik als eine Voraussetzung zur Schwächung der Wählerbasis der Regierungskoalition.

Dieses klassisch-nationalistische und in seiner Substanz kleinbürgerliche Integrationskonzept des „christlichen Bollwerks gegen den Sozialismus“ bewährte sich zunächst unter den sozialen Verhältnissen Bayerns und wurde später auch in Baden-Württemberg und Hessen angewendet.

Dieses Konzept hatte aber auch, aus reaktionärer Sicht, unerwünschte Nebenfolgen, die die Position der Sozialkonservativen schwächte: Zum einen beschleunigte es den Trend der Arbeiterwähler zur SPD und bewirkte eine vorübergehende, ungewöhnliche Solidarität von SPD und Gewerkschaften, und dies obwohl sich (angesichts der ökonomischen Krise) vorgesehene Reformen verzögerten und obwohl sich die Preise und die Arbeitslosenziffern negativ auf die Lebenslage der Arbeiterklasse auswirkten. Zum anderen zwang die reaktionäre Polarisierungsstrategie die Sozialkonservativen, sich zu der künstlich erzeugten Alternative zu verhalten. Im Jahre 1972 hatte dies noch eine vorsichtige Distanzierung von der Politik der bayerischen Schwesterpartei zur Folge, die sich in der ungelösten Führungsfrage der CDU und in den verwaschenen Formulierungen des Berliner Programms (endgültig verabschiedet 1971) ausdrückte.

Im Wahlkampf vor der Bundestagswahl 1972 verfolgten beide Unionsflügel ihre eigene Konzeption, was freilich nicht zu einer – immerhin denkbaren – Doppelstrategie führte, weil beide auch dort, wo es notwendig gewesen wäre, nicht zu einer gemeinsamen Haltung gelangten. So zum Beispiel zur, in der Bevölkerung weitgehend positiv bewerteten, Ostpolitik, die von der Koalition zu einem zentralen Wahlkampf-

24 Vgl. dazu: Alf Mintzel, Gesellschaft, Staat und Parteijorganisation. Ein analytisches Steuergrogramm der Entwicklung der CSU, in: Auf dem Weg zum Einparteienstaat. Ein Leviathan-Buch, hrsg. v. Wolf-Dieter Narr, Opladen 1977, S. 173 ff.

25 Reichhaltiges Anschauungsmaterial hierfür liefert: Kommission für Grundsatzfragen der Christlich-Sozialen Union, Entwurf für ein Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union, hrsg. v. d. CSU-Landesleitung, München o. J. (1975/76).

thema gemacht worden war. Die internen Differenzen der Unionsparteien, das gescheiterte Mißtrauensvotum und der zwiespältige Wahlkampf vereitelten die Chance, die günstigen Startbedingungen in einen Unionsieg umzumünzen. Diese Startbedingungen waren gekennzeichnet vor allem durch die Inflation und den Preisanstieg, aber auch durch die Rücktritte von Alex Möller und Karl Schiller, die Beschlüsse des SPD-Steuerparteitages, die massive Wahlhilfe vom Springer- und Bauer-Konzern sowie von der Industrie auf dem Wege direkter Spenden oder getarnter Zeitungsanzeigen und nicht zuletzt durch die Hoffnung auf den Löwenanteil der 4,3 % NP- und SPD-Stimmen von 1969.

Wie schon 1969 so verfocht die CSU auch 1972 einen harten Oppositionskurs, während die CDU unter dem gegen den Willen der CSU 1971 zum Nachfolger Kiesingers in den Parteivorsitz gewählten, wenig werbewirksamen, Rainer Barzel einen halbherzigen Oppositionskurs unter dem Motto „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität“ steuerte. Die seit Vollendung des Basiskonsens erstmalig hohe Polarisierung im Wahlkampf war hauptsächlich das Verdienst der CSU und der Hilfstruppen der Union, die mit ihren persönlichen Verunglimpfungen Willy Brandts wohl eher das Gegenteil von dem erreichten, was sie wollten. Gerade die offensive Unternehmerkampagne zwang die SPD, oder erlaubte es ihr, sich deutlich als Arbeitnehmer-Partei darzustellen; vor allem Willy Brandt hielt Wahlversammlungen in Großbetrieben ab, was die Arbeitgeberverbände zu heftigen Reaktionen veranlaßte.

Das Ergebnis der Bundestagswahl war ein eindrucksvoller Sieg der Koalition. Die Wahlbeteiligung erreichte – Ergebnis der Polarisierung und Mobilisierung – mit 91,1 % ihren höchsten Stand. Die SPD erhielt 45,8 % der abgegebenen gültigen Zweitstimmen und wurde damit erstmals stärkste Partei. Wiederum erzielte sie gegenüber der Vorwahl einen Zuwachs von 3,1 Prozentpunkten und errang etwa 3,1 Millionen zusätzliche Stimmen, also etwa 22,1 % mehr als 1969. (Dabei ist die Herabsetzung des Wahlalters und die außerordentlich hohe Wahlbeteiligung zu berücksichtigen.) Die CDU/CSU hingegen verlor mit dem von ihr erzielten Zweitstimmenanteil von 44,9 % gegenüber 1969 1,2 Prozentpunkte und büßte ihre Position als stärkste Fraktion ein. Die FDP schließlich erreichte mit 8,4 % ein um 2,6 Prozentpunkte besseres Ergebnis als 1972. Per Saldo gewann sie etwa 1,2 Millionen neue Wähler hinzu, das sind 64,4 % mehr als 1969 (26).

Wie schon 1969 war auch das Wahlergebnis 1972 bedingt durch einschneidende Wandlungen der Parteienpräferenz bestimmter Bevölkerungsgruppen. Hervorzuheben sind auch für diese Wahl die schon häufig angeführten Stabilitäten des Wählerverhaltens gegenüber CDU/CSU und SPD: Auch bei dieser Wahl hatte die CDU/CSU ihre Hochburgen in Gebieten mit hohem Katholikenanteil und die SPD die ihrigen in Arbeiterwohngegenden (27). Freilich veränderte sich 1972 die Stärke dieser Hochburgen deutlich und in für beide Parteien unterschiedlichem Ausmaß.

Aus Ergebnissen von Aggregatdaten-Analysen und Meinungsumfragen ergibt

26 Dazu und zum folgenden: Werner Kaltefleiter, Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972, Köln 1973, S. 127 ff.

27 Max Kaase, Die Bundestagswahlen 1972: Probleme und Analysen, in: PVS, 14. Jg. 1973, S. 165 - 170.

Aus Ergebnissen von Aggregatdaten-Analysen und Meinungsumfragen ergibt sich, daß 1972 zwei Drittel aller Arbeiter für die SPD stimmten. Und damit erzielte sie unter ihnen einen im Vergleich zur Gesamtwählerschaft überdurchschnittlichen Zuwachs. Dieser Trend ist zwar bei an- und ungelerten wie bei Facharbeitern festzustellen, bei an- und ungelerten, in der Regel wohl gewerkschaftlich nicht organisierten, Arbeitern, die bisher gewöhnlich CDU gewählt hatten, war er aber besonders stark (28). Differenziert man nun nach der Konfessionszugehörigkeit, so wird erkennbar, daß die SPD nicht nur bei katholischen Arbeitern erheblich gewann, sondern daß es ihr überdies zum ersten Mal seit 1961 gelang, unter ihrer Stammwählerschaft, den protestantischen Arbeitern, zusätzlich überdurchschnittliche Gewinne zu erzielen. Das Ergebnis der Wahl von 1972 bedeutete für die SPD also, daß sie ihre traditionellen Stammwähler um Katholiken ergänzte und so zur dominierenden Partei bei den Arbeitern wurde. Dies gelang auch deshalb, weil sich bei jener Wahl die Gewerkschaftsmitgliedschaft stärker denn je gegen die CDU/CSU auswirkte (29).

In der Gruppe der Angestellten und Beamten konnte die SPD zwar mit 50 % Stimmenanteil, insbesondere bei den Protestanten, eine Mehrheitsposition erringen. Aber schon zu diesem Zeitpunkt – 1972 – waren stagnierende Tendenzen deutlich zu erkennen. Denn in den städtischen Dienstleistungszentren nahm die Bindungskraft der SPD gegenüber Beamten und Angestellten ab, und es scheint nach Umfrageergebnissen so, als hätte davon in den protestantischen Stadt-Regionen insbesondere die FDP („Leihstimmen“ von der SPD) profitiert und als hätte überdies die CDU in die-

28 Dazu und zum folgenden: Ebd., S. 170 sowie Franz Urban Pappi, Parteiensystem und Sozialstruktur, in: PVS, 14. Jg. 1973, S. 200. Jürgen Seiferts Behauptung, „Die SPD erzielte ihren Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 1972 (. . .) weniger durch Einbrüche in das Wählerpotential der Unionsparteien sondern primär durch Steigerung der Wahlbeteiligung . . .“ trifft nicht den Kern der Entwicklung, auch wenn damit ein Vergleich zwischen Bundes- und Landtagswahlen angestrebt wird. Untersuchungen zur Wählerwanderungsbilanz, die aufgrund von „Wählerstrom-Analysen“ von infas durchgeführt wurden, haben nämlich ergeben, daß im Jahre 1972 für die SPD doppelt so viele Stimmen von CDU-Wählern des Jahres 1969 als von Nichtwählern dieses Jahres stammen. Nun ist das Modell, das der Analyse der Wanderungen zugrundeliegt, insbesondere im Hinblick auf die Nichtwähler, durchaus skeptisch zu beurteilen. Denn wie sollen Annahmen über das Wahlverhalten von ehemaligen Nichtwählern konstruiert werden, wenn ihr Wahlverhalten bisher kaum untersucht wurde.

Wesentlicher scheint uns jedoch der Einwand zu sein, daß der undifferenziert gebrauchte Begriff des Wählerpotentials eine exakte Bestimmung von Mobilisierungschancen nicht zuläßt. Für die Diskussion der politischen Perspektiven scheint uns – um es zu wiederholen – die Frage wichtiger, welche Teile der bisherigen „Wählerpotentiale“ der Parteien, gleichgültig ob frühere Wähler oder Nichtwähler, ihre Bindung an Parteien auf der Ebene von Wahlen verändern oder stabilisieren. Darüber informieren die (im Vergleich mit den Wählerstrom-Analysen) methodisch besser abgesicherten und kontinuierlich durchgeführten Repräsentativumfragen zu Parteipräferenzen der Wahlberechtigten. Und diese Umfragen haben das eindeutige Ergebnis, daß sich Parteipräferenzen bis Ende 1972 innerhalb bestimmter Berufsgruppen auf einzelne Parteien konzentriert haben.

Ist nach einer sozialstrukturellen Analyse geklärt, welche Klassen (und Schichten) die Wählerpotentiale einer Partei bilden, dann kann – auf der Basis einer politischen Entscheidung – überlegt werden, wie diese Potentiale von den Parteien getrennt werden können oder wie sie voll ausgeschöpft, erweitert oder eingeeengt werden können.

29 Max Kaase, Die Bundestagswahl 1972, S. 166.

ser Gruppe ihre Verluste der Vorwahl 1972 teilweise wieder kompensieren können (30).

Betrachtet man nun jenen Faktor, der die CDU-Wähler am signifikantesten von SPD-Wählern trennt, nämlich das Bekenntnis zur katholischen Konfession, so wird bei der generellen Stabilität seines Einflusses auf die von der CDU erzielten Stimmenanteile doch seine abnehmende Bedeutung für die Wahl 1972 klar: Denn damals stimmten immerhin 43 % der Katholiken für die SPD (1965: 26 %, 1969: 38 %) und nur noch 48 % für die CDU/CSU (1965: 59 %) (31).

Für das Abschneiden der CDU/CSU ist festzustellen, daß ihre Verluste in jenen Gebieten gering waren, in denen die NPD bei der Vorwahl gut abgeschnitten hatte (32), Entsprechend den Gewinnen der SPD verlor die CDU eindeutig in Arbeiterwohngebieten. Aus Umfragen ergibt sich, daß 1972 nur 27 % der Arbeiter für diese Partei stimmten. Auch unter den Selbständigen verschlechterte sich die Position der CDU. Dies trifft insbesondere für Katholiken zu, wovon die FDP besonders profitierte. Unter den protestantischen Selbständigen hingegen blieb der Einfluß der CDU stabiler, was hauptsächlich auf die Rückwanderung ehemaliger NPD-Wähler dieser Gruppe zurückzuführen ist. Trotz ihrer Verluste blieb die CDU hier dominierende Partei, und sie konnte zudem unter Landwirten ihre hegemoniale Stellung wieder erreichen.

Wie für die SPD und die CDU/CSU so lassen sich auch für die FDP strukturell eindeutige Tendenzen feststellen. Ihre Gewinne verdankt diese Partei nämlich überwiegend den Beamten und Angestellten im nicht-ländlichen Bereich mit einem hohen Anteil von Beschäftigten in Dienstleistungsbetrieben (33). So erreichte die FDP 1972 unter Angestellten und Beamten gegenüber 1969 einen Zuwachs von 10 Prozentpunkten, der hauptsächlich auf das Wahlverhalten der Katholiken in dieser Berufsgruppe zurückzuführen ist. Detailliertere Untersuchungen der FDP-Wählern von 1972 in dieser Gruppe haben ergeben, daß die Wahrscheinlichkeit der Wahl dieser Partei bei steigender Stellung in der Betriebshierarchie zunimmt (34). Der aufsteigenden Tendenz unter Angestellten und Beamten, aber auch bei Landwirten, steht eine fallende unter den Selbständigen gegenüber.

Hatte die FDP noch 1969 unter den (protestantischen) Selbständigen überdurchschnittlich abgenommen, so gewann sie bei dieser Berufsgruppe 1972 wieder, allerdings unterdurchschnittlich, hinzu. Erstreckten sich die Verluste weitgehend auf die ihr noch verbliebenen Selbständigen in Handel, Handwerk und Gewerbe, so erzielte sie ihre Zugewinne bei freiberuflich Tätigen, vor allem wohl Ärzten, Rechtsanwälten, Ingenieuren usw.

30 Ebd., S. 166 f. sowie Werner Kaltefleiter, Zwischen Konsens und Krise, S. 150 und 159.

31 Vgl. Tabelle 8, in: Prokla 25, S. 34/35

32 Max Kaase, Die Bundestagswahl 1972, S. 164 sowie Werner Kaltefleiter, Zwischen Konsens und Krise, S. 150.

33 Franz Urban Pappi, Parteiensystem und Sozialstruktur, S. 200 sowie Max Kaase, Die Bundestagswahl 1972, S. 167.

34 Vgl. Institut für politische Planung und Kybernetik, Planungsstab, Serie A-18, Die Bundestagswahl 1972, Ihre Bedeutung für die FDP, Ergebnisse, Analysen, Konsequenzen, Bonn-Bad Godesberg 7. März 1973, S. 13 - 20.

Faßt man die Veränderungen gegenüber 1969 zusammen, so ergibt sich zunächst ein bemerkenswerter Bedeutungsverlust des konfessionellen Faktors, der sich zu Lasten der CDU/CSU auswirkte. So waren es denn auch sozialstrukturelle Faktoren, und letztendlich materielle Interessen, die zu der deutlichen Verschiebung in der Wählerbasis der Parteien führten (35).

Im Zeitraum zwischen 1965 und 1972 hatte sich also (auf der Ebene von Wahlen) im Parteiensystem der Bundesrepublik eine deutliche, wenn auch insgesamt begrenzte, Polarisierung entlang der Klassengegensätze ergeben. Dieser sozialen Polarisierung entsprach die politische Polarisierung im Wahlkampf der Parteien. Herausragend und für die Zuspitzung der Gegensätze von wesentlicher Bedeutung war im Wahlkampf gewesen, daß zum ersten Mal Themen aufgetaucht waren, die der Zuordnung entsprechend der Hauptwidersprüche (konfessionelles Schisma und Klassengegensätze) im Parteiensystem entsprachen: die Mitbestimmung und der § 218. Hinzu kamen, wie erwähnt, jene von der Bourgeoisie finanzierten massiven Anzeigenkampagnen zugunsten der CDU/CSU, die die themenorientierte Konfrontation verstärkten. Polarisierender und mobilisierender Wahlkampf und Polarisierung im Wählerverhalten entsprachen sich also.

Die Bundestagswahl 1976

Die politischen Ausgangsbedingungen

Die im Wahlkampf 1972 und im Wahlergebnis deutlich gewordene Polarisierung zwischen konservativer Opposition und sozialliberaler Reformpolitik beherrschte die politische Entwicklung in der Bundesrepublik nur kurze Zeit, nämlich bis zum Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt im Juni 1974. Wie schon in der Nachwahlperiode des Jahres 1972 ging die CDU zunächst daran, ihre Strategie des Machterwerbs durch die weitere Reorganisation ihres Parteiapparats und die Mobilisierung zusätzlicher Mitglieder abzusichern.

Zunächst waren die Analysen der Wahlniederlage deutlich beherrscht von Erklärungsversuchen, die eine neuerliche „Asymmetrie“ im Parteiensystem der Bundesrepublik entdeckten, und zwar in Form eines womöglich dauerhaften Bündnisses zwischen SPD und FDP, das langfristig zur absoluten Mehrheit der SPD führen könnte (36). Als Ursache einer solchen Entwicklung wurde eine veränderte gesellschaftliche Grundströmung, die „Entscheidung zur Modernität“, die sich gegen die CDU ausgewirkt habe, erkannt; als deren Träger wurden die „urbanisierten Mittelschichten“ ausgemacht. Auch wenn die Einschätzung der Grundströmung innerhalb der CDU mehrheitlich nicht geteilt wurde, so war doch die Taktik der Partei auf jene Schicht ausgerichtet.

Ausdruck dieser Einschätzung waren personelle Entscheidungen: Die Wahl des neuen Parteivorsitzenden Helmut Kohl sowie Kurt Biedenkopfs zum Generalsekretär

35 Vgl. Franz Urban Pappi, Parteiensystem und Sozialstruktur, S. 200.

36 Werner Kaltefleiter, Zwischen Konsens und Krise, S. 158 f.

Tabelle 12:
Beruf, Konfession und Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 (1)

Wahlentscheidung	Insgesamt		Katholiken		Protestanten	
	1972 %	1976 %	1972 %	1976 %	1972 %	1976 %
Arbeiter						
SPD	66	52	55	34	77	70
CDU/CSU	27	42	39	63	15	22
FDP	6	5	5	3	7	7
Andere	1	1	0	1	1	1
N	839	292	404	145	435	147
Beamte und Angestellte						
SPD	50	46	42	33	56	54
CDU/CSU	33	41	45	60	23	29
FDP	17	12	12	7	20	16
Andere	0	1	0	1	0	1
N	982	341	439	132	543	209
Selbständige						
SPD	23	30	22	24	25	35
CDU/CSU	62	62	64	74	59	52
FDP	13	8	12	2	15	14
Andere	1	—	2	—	1	—
N	201	94	93	42	108	52
Landwirte						
SPD	10	16	9	11	10	20
CDU/CSU	82	79	88	89	77	70
FDP	8	5	3	—	13	10
Andere	—	—	—	—	—	—
N	62	19	32	9	30	10
Insgesamt						
SPD	52	46	43	34	60	55
CDU/CSU	36	45	48	61	26	33
FDP	11	8	8	4	13	11
Andere	1	1	0	1	1	1
N	2625	1094	1210	499	1415	595

1 Zu den Angaben für 1972 vgl. Tabelle 8, in: Prokla 25, S. 34/35. Die Werte für 1976 entstammen einer Nachwahlumfrage der Forschungsgruppe Wahlen e. V. in Mannheim.

der Partei und die Einsetzung einer Grundsatzkommission unter Richard von Weizsäcker. Das politisch-strategische Ziel dieser Maßnahmen zur „Modernisierung“ der CDU war sowohl die Rückgewinnung des städtischen und Besitzbürgertums von der FDP als auch der katholischen Arbeiter von der SPD.

Die sozialliberale Regierungskoalition formulierte ihr gegenüber den Wahlausagen schon moderiertes Reformprogramm: Mitbestimmung, Steuerpolitik und die Reform der beruflichen Bildung waren zentrale Themen. Für seine Verwirklichung war allerdings von Bedeutung, wie sich die FDP zu ihnen stellen würde.

Dieser Partei wurde in einer Analyse nachgesagt, sie stehe im Vergleich mit den anderen Parteien „an der Spitze der Gesamtbewegung der Gesellschaft“. „Sie verkörpert gewissermaßen die Vorhut des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses.“ Diese Schlußfolgerung beruhte auf einer Interpretation der überdurchschnittlichen Zuwachsraten unter den Beamten, den Wählern mit überdurchschnittlich hoher Ausbildung sowie beruflichen Aufsteigern (37). Die taktischen Konzeptionen, die aus diesem Tatbestand abgeleitet wurden, liefen auf einen kalkulierten Konflikt gegenüber der „Arbeitnehmer-Strategie“ der SPD hinaus und lauteten in einem ihrer Kernsätze so: „Im Augenblick läßt sich sagen, daß die FDP das ‚Arbeitnehmer-Lager‘ differenzierter beschreiben muß und stärker auf die vorhandenen Einzelgruppen und deren individuelle Interessenlagen Bezug nehmen muß. Sie muß, wie sie es bisher stets getan hat, weiterhin die Einzel- und Minderheitsgruppen, z. B. im Bereich der sozialen Sicherungssysteme vertreten. Auch das Mitbestimmungsmodell der FDP ist ein wichtiges Element einer Strategie, die der ‚Arbeitnehmer-Strategie‘ der SPD entgegenzustellen wäre.“ (38) Damit war die Position der FDP als sozialliberales Gegengewicht zur Partei des demokratischen Sozialismus, wie sich die SPD im Wahlkampf 1972 ab und an bezeichnet hatte, formuliert.

Gerade im Jahre 1973, auf dem SPD-Parteitag in Hannover, konnten sich in dieser Partei reformistische Tendenzen durchsetzen, beispielsweise in der Frage der Investitionskontrolle. Und überdies wurde in den Erfolgen der Jungsozialisten und der SPD-Linken bei der Besetzung von Positionen im Parteivorstand ein Indiz für mögliche Entwicklungen in Richtung auf eine reformistische Politik der SPD gesehen. Die Wende kam, sie kam rasch, doch anders als erwartet. Die Energiekrise im Herbst des Jahres 1973, die Inflation und die steigende Arbeitslosigkeit ließen die Finanzierung der geplanten Reformen unmöglich erscheinen. Die mit wachsender Beunruhigung verbundene wirtschaftliche Entwicklung sowie innerparteiliche Auseinandersetzungen um die von den Jungsozialisten geforderte Formulierung eines „sozialistischen Aktionsprogramms“, die von den Konservativen zur Bekräftigung ihrer Feindbilder herangezogen wurden sowie der Vorwurf der „Führungsschwäche“ gegenüber dem reformorientierten Bundeskanzler und Parteivorsitzenden führten schließlich dazu, daß Willy Brandt anläßlich der Guillaume-Affaire zurücktrat.

Der Kanzlerwechsel von Brandt auf Helmut Schmidt im Juni 1974 bedeutete das Ende der sozialdemokratischen Reformpolitik. Jene Minister, die im Rahmen ih-

37 Institut für politische Planung und Kybernetik, Die Bundestagswahl 1972, S. 20.

38 Ebd., S. 74.

rer Ressorts eine Politik der Reformen vertreten hatten, wurden aus ihren Ämtern entlassen: Forschungsminister Ehmke, Wissenschaftsminister Dohnanyi und Entwicklungsminister Eppler. Fortan nahm eine Entwicklung ihren Lauf, die im Gefolge von Wirtschaftskrisen und deutlichen Niederlagen in Landtagswahlen wegführte von einer sozial fortschrittlichen SPD-Politik hin zu einer Politik, die sich den veränderten Bedingungen (Krise) anpaßte. Die SPD orientierte sich immer mehr auf die Person des Bundeskanzlers Schmidt, der als Krisenbewältiger der Garant des neuerlichen Wahlerfolges werden und die Wählerbasis unter Arbeitern wie unter Angestellten und Beamten sichern sollte.

In der FDP vollzog sich ein Wandel, der nahezu parallel zu dem der SPD verlief. Das Abrücken von einer moderierten und überdies auf die Interessen der Parteibasis ausgerichteten Reformpolitik, wurde durch eine Personalentscheidung signalisiert: Werner Maihofer, einer der Initiatoren der „Freiburger Thesen“ der FDP, unterlag auf dem Hamburger Parteitag 1974 bei Vorstandswahlen gegen den eher nationalliberalen Wirtschaftsminister Friderichs. Deutlicher als bisher bestimmte nun die FDP ihre Position als besitzbürgerliches Korrektiv gegen die Sozialdemokratie.

Indessen war jedoch die politische Entwicklung in der Bundesrepublik deutlich von den Unionsparteien bestimmt. War bis zum Herbst 1974 der „Modernisierungsstrategie“ des auf den Gewinn des Bürgertums von der FDP und katholischer Arbeiter von der SPD abzielenden sozialkonservativen Flügels der CDU kaum ernsthaft widersprochen worden, so änderte sich dies nach der bayerischen Landtagswahl im Oktober 1974 ganz erheblich. Bei diesen Wahlen nämlich erzielte die CSU mit einem Anteil von 62,1 % an den abgegebenen gültigen Stimmen einen spektakulären Erfolg. In der wenige Wochen danach – im November 1974 – in Sonthofen von Franz Josef Strauß gehaltenen Rede wurden wesentliche Strategie-Elemente der CSU wie des reaktionär-konservativen Flügels der CDU deutlich. Dieser Flügel nämlich wertete den Ausgang der bayerischen Wahlen als Indiz dafür, daß politische Konfrontation, Obstruktion und Re-Ideologisierung eben doch geeignetere Mittel seien, die soziale Basis der sozialliberalen Koalition zu dezimieren, als eine auf Annäherung und Bündnisfähigkeit gegenüber der FDP gerichtete Politik.

Wegen der immer noch bestehenden grundsätzlichen Aktualität des Strauß-Referats auf der Tagung der CSU-Landesgruppe in Sonthofen am 18. und 19. November 1974 sei hier an die wesentlichen Passagen erinnert:

„Erstens kann man jetzt überhaupt kein Rezept empfehlen, ohne sich in große politische Schwierigkeiten zu begeben und zweitens ist das Bewußtsein der Öffentlichkeit noch nicht so stark schockiert, daß sie bereit wäre, die Rezepte, die wir zur langsamen Heilung der Krise für notwendig halten, in Kauf zu nehmen (...) Zur Taktik jetzt: Nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte etwa nennen (...) Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nehmen, als das anzuwenden, was wir für notwendig halten ... Es muß also eine Art Offenbarungseid und ein Schock im öffentlichen Bewußtsein erfolgen ... Aus der Landespolitik kommt nur eine Emotionalisierung der Wähler, die betrifft die Schulpolitik. Alles was damit zusammenhängt, Schulpolitik, Berufsschulpolitik oder Berufsausbildung, Universitätspolitik usw. dann noch Fragen der inneren Sicherheit, soweit sie Landesfragen sind. Aber die vielen nüchternen harten Fragen der Landespolitik, also der Strukturpolitik, der Regionalpolitik usw. ... all das macht nicht die Wahlergebnisse von morgen aus, sondern die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art. (...)

Wir müssen die Auseinandersetzung hier im Grundsätzlichen führen. Da können wir nicht genug an allgemeiner Konfrontation schaffen. Ich kenne ja diese Stichworte: Wir kämpfen für die Freiheit, gegen den Sozialismus, für die Person und das Individuum, gegen das Kollektiv, für ein geeinigtes Westeuropa, gegen eine sowjetische Hegemonie über ganz Europa. Da muß man die anderen immer identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren, daß sie das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft repräsentieren, daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft. Daß es bei den anderen eine ganze Menge von Leuten gibt, die das nicht wollen, soll uns nicht daran hindern, unter einem Übermaß an Objektivität zu leiden und das hier zu sagen . . .

Dieses Europa kann nicht gesund werden, wenn die Bundesrepublik nicht wieder wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, militärisch ein Stabilitätsfaktor erster Ordnung wird. Wenn das von der Bundesrepublik ausgeht. Das kann aber nur ausgehen . . . wenn die Krise so stark wird, daß aus der Krise ein heilsamer Schock erwächst und damit der Bereitschaft, die Konsequenzen aus dieser Zeit tatsächlich auf sich zu nehmen.“ (39)

Das von Strauß in Sonthofen entwickelte Konzept einer Vereinheitlichung des Bürgertums auf einer reaktionären politischen Linie im Zuge einer von der Opposition zu beschleunigenden „großen Krise“ stieß bei der CDU-Mehrheit nicht auf Gegenliebe. Sie konzentrierte sich auf die Herbeiführung eines raschen Wahlsiegs. Auf dem Mannheimer Parteitag im Juni 1975 konnte sich Helmut Kohl, gestützt auf ein Bündnis von Sozialausschüssen, Frauenvereinigung und Junger Union mit der von Kurt Biedenkopf ausgearbeiteten „Mannheimer Erklärung“ durchsetzen. Kern dieser Erklärung war die Behauptung, es existiere eine „neue soziale Frage“, die entstanden sei, nachdem die Arbeiter in der Bundesrepublik in die bestehenden Verhältnisse integriert worden seien: „Wie kann der einzelne seine nicht organisierbaren und nicht konfliktfähigen Interessen in und gegenüber mächtigen Verbänden mit Hilfe des Staates durchsetzen?“⁽⁴⁰⁾ Mit dieser Fragestellung wird das Bemühen der CDU deutlich, für die FDP bündnisfähig zu werden. Denn zum einen war damit das antigewerkschaftliche und zugleich berufsständische Syndrom der Mehrheit der FDP-Basis angesprochen, und zugleich zielte diese „neue soziale Frage“ auf das genuin liberale Prinzip der individuellen Freiheit.

Gleichzeitig spiegelte das in der neuen sozialen Frage enthaltene Forderungskonglomerat, aber auch die Bemühungen der CDU, die an die SPD verlorenen Arbeiterstimmen zurückzugewinnen. Die Formulierung „nicht konfliktfähige Interessen“ umfaßte nämlich jene sozialpolitischen Forderungen, die einerseits als Angebot an verschiedene Zielgruppen (Auszubildende, Schüler, Hausfrauen, Arbeitslose, Rentner etc.) zur Rückkehr zur CDU gedacht waren, andererseits und zugleich aber auch den Inhalt des Kompromisses darstellten, der das innerparteiliche Bündnis erst ermöglicht hatte. Die Strategie des linken Flügels in der CDU war eindeutig darauf ausgerichtet, Arbeiter für die CDU zu gewinnen. Dafür hatte er, als Schwerpunkt seines Wahlkampfes, Nordrhein-Westfalen ausersehen, wo die Hochburgen der Sozialausschüsse liegen. Für diese Zielgruppe hatte Biedenkopf auch den christlichen Sozialismus des Ahlener CDU-Programms vorübergehend verbal aktualisiert.

Ende des Jahres 1975 verstärkte sich jedoch nach heftigen innerparteilichen

39 Alle Zitate nach dem (SPD-nahen) Parlamentarisch-Politischen Pressedienst, Die aktuelle PPP-Dokumentation vom 11. März 1975.

40 Warnfried Dellling, Die CDU nach Mannheim, in: aus politik und zeitgeschichte, Beilage zu „Das Parlament“ v. 25.7.1975, S. 12 f.

Auseinandersetzungen das Gewicht des reaktionären Flügels in der Union. Markiert wird diese CDU-Entwicklung durch die Rücknahme wesentlicher Inhalte der Mannheimer Erklärung, insbesondere der Teile, die sich auf wirtschaftliche Steuerungsmaßnahmen des Staates bezogen, die Rücknahme des CDU-Beschlusses auf dem Hamburger Parteitag zur staatlichen Aufsicht über die Lehrlingsausbildung und durch den zunehmend deutlicher werdenden Einsatz der Mehrheit im Bundesrat gegen Beschlüsse der Bundestagsmehrheit. Dieser Wandel war auch bedingt durch die Festlegung der FDP auf die Fortführung der sozialliberalen Regierungskoalition bei einem günstigen Wahlausgang. Denn sie hatte die Aussichtslosigkeit der Bündnispolitik des sozialkonservativen Flügels der CDU offenbar werden lassen.

Die Wende in der CDU-Taktik und ihre Anpassung an die der CSU, die sich schon Ende 1975 deutlich herausbildete, trat dann nach den Wahlen in Baden-Württemberg im Frühjahr 1976, wo die Parole „Freiheit statt Sozialismus“ im Wahlkampf erprobt worden war, vollends in den Vordergrund. Diese Polarisierungsstrategie aber drängte nicht nur die Jungsozialisten wieder näher an die SPD, sondern auch die Gewerkschaften und ließ so womöglich aufgrund der wirtschaftlichen Krisensituation zwischen Gewerkschaften und SPD bestehende Konflikte unbedeutend werden.

In diesen Zusammenhang ist die Gewerkschaftskampagne Biedenkopfs in Nordrhein-Westfalen einzuordnen. Nach der Wende im Herbst 1975 hatte er nun nicht mehr primär die zur SPD abgewanderten Arbeiterwähler als Zielgruppe im Auge, sondern das städtische und das Besitzbürgertum, zwei Gruppen also, die zusammen den wesentlichen Teil der FDP-Basis stellen. Seine Kampagne gegen die Verfilzung der SPD mit dem DGB hatte nun einerseits die Funktion, die in der Regel gewerkschaftsfeindliche Gruppe der Aufsteiger wie die der Angestellten, Beamten und Selbständigen generell, aus SPD wie FDP herauszuberechnen. Andererseits und zugleich aber sollte sie die aufgrund der Polarisierungsstrategie gegenüber der SPD enger werdende Bindung des DGB an diese Partei möglichst begrenzen. Beides ist in Nordrhein-Westfalen — wie die Wahlanalyse zeigen wird — im Grunde mißlungen. Vielmehr hat Biedenkopf mit seiner Kampagne zumindest dort zur Mobilisierung der SPD-Wähler beigetragen. Und damit hatte er erreicht, was die SPD bis dahin bei Verzicht auf die Darstellung von Perspektiven sozialdemokratischer Politik und damit eben auch von Inhalten, die mobilisierend hätten wirken können, nicht geschafft hatte. Denn die SPD hatte sich in diesem Wahlkampf längst aufgegeben. Sie war zur Bundeskanzler-Schmidt-Partei geworden, auf dessen Autorität sie setzte. Dieses Vorgehen wurde allerdings nicht von allen SPD-Landesverbänden gebilligt (41). Aus Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg wurden in einer Sitzung des SPD-Parteirates starke Bedenken gegen einen Wahlkampf geäußert, der sowohl in seiner Mäßigung als auch in seinem Verzicht auf die Formulierung von Perspektiven sozialdemokratischer Politik kaum geeignet sein könne, genuine wie potentielle sozialdemokratische Wähler zu mobilisieren. Zwar wurden diese Bedenken von der übergroßen Parteiratsmehrheit nicht akzeptiert, doch gerade in Schleswig-Holstein und in Baden-Württemberg war dann der SPD-Wahlkampf doch eher auf Konfrontation angelegt als andernorts. Und

41 Vgl. Der Spiegel, Nr. 36 v. 30. August 1976, S. 22.

es scheint so, als habe dies durchaus Einfluß auf das regional erzielte Wahlergebnis gehabt.

Sieht man von regionalen Sonderentwicklungen ab, dann reduzierte sich der längste und teuerste Wahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik darauf, ein unerhört aufwendiges „Personalplebiszit“ (Kaltfleiter) zwischen Kohl und Schmidt herbeizuführen. Dieses Verfahren – und das gilt insbesondere für die SPD – wurde eher von den Werbeagenturen als von den Parteiorganisationen getragen. Die SPD-Führung hoffte wahrscheinlich, durch ein derartiges Plebiszit die Wahlkampfstrategie des rechten Unionsflügels stören zu können. Daß dies auch tatsächlich gelang, ist aber vor allem der CDU im Norden und Westen und der Wahlkampfleitung zuzuschreiben, die nicht bereit waren, die Straußsche Polarisierungsstrategie voll mitzutragen, sondern sich darauf konzentrierten, Kohl zu verkaufen. Und dies gegen einen Konkurrenten, der sich nicht als Sozialdemokrat, sondern als über den Parteien und jeder Kritik (auch an seiner Partei) stehende Institution präsentierte, das Wort Sozialdemokratie so gut wie nicht in den Mund nahm und ständig von sich behaupten ließ, er müsse Kanzler bleiben. Bodo Zeuner ist uneingeschränkt zuzustimmen (42): Schmidt trat als qualifizierter Profi im Management des bestregierten Staates der Welt auf. Dies leuchtete offensichtlich auch der westdeutschen Bourgeoisie ein. Anders als 1972 verzichtete sie auf offensive Anzeigenkampagnen gegen eine angebliche Zerstörung der Marktwirtschaft, gegen eine sozialistische SPD usw.

Thematische Kontroversen wurden im Wahlkampf folglich weitmöglichst vermieden. Alternative Problemlösungsvorschläge zu aktuellen Fragen der bestehenden Krise und ihrer Auswirkung auf die öffentlichen Haushalte bestanden sowieso nicht. Die Scheindiskussion um die Finanzierung der Altersrenten war charakteristisch für den gesamten Wahlkampf: Die Opposition mäkelte, die Finanzierung sei nicht mehr gesichert; die Regierung sagte, sie sei aber doch gesichert und unsere alten Mitbürger brauchten sich da keine Sorgen zu machen. Dem Versuch der Opposition, der Regierung *generell* die Problemlösungskompetenz abzusprechen, war nur ein Teilerfolg beschieden, so wie es der Regierung nur unzureichend gelang, dem Kanzlerkandidaten der Opposition das Image von Provinzialität, politischer Naivität und Dämlichkeit anzuhängen. Die zentralen Wahlparolen blieben Schlagworte, die nicht, wie noch 1972, auf Kampagnen basierten und die allenfalls die Anhänger des politischen Gegners mobilisierten. Freilich nur zur Stimmabgabe.

Das Wahlergebnis

Die SPD erreichte bei dieser Wahl mit 42,6 % ein um 3,2 Prozentpunkte geringeres Zweitstimmenergebnis als bei der Vorwahl, was einem Verlust von über einer Million Wähler entspricht. Die CDU/CSU gewann demgegenüber 3,7 Prozentpunkte hinzu und wurde mit 48,6 % der Stimmen wieder zur stärksten Fraktion. Die FDP schließlich verlor bei einem Zweitstimmenanteil von 7,9 % gegenüber dem bei der Vorwahl

42 Vgl. den Beitrag von Bodo Zeuner in diesem Heft.

erzielten Ergebnis 0,5 Prozentpunkte. Dieses Wahlergebnis zog für die SPD den Verlust von 17 Mandaten und für die FDP von 2 Mandaten nach sich, während die CDU/CSU 19 Mandate gewann.

Vergleicht man nun den Ausgang dieser Wahl mit dem des Jahres 1969, so sank die SPD ziemlich genau auf ihre damals erreichte Position (Differenz der Parteianteile 1969 - 1972: - 0,1 Prozentpunkte), während CDU/CSU (+ 2,5) und FDP (+ 2,1) per Saldo positiv abschnitten.

Das auf Bundesebene festgestellte Ergebnis variiert freilich regional sehr deutlich. In eher katholischen Ländern und Regionen ohne traditionell sozialdemokratische, homogene Arbeitermilieus verlor die SPD überdurchschnittlich viele Stimmen, und die CDU gewann dort überdurchschnittlich hinzu. In katholischen Regionen, wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, mit traditionell homogenen Arbeitermilieus entsprachen die Verluste der SPD dem Bundesdurchschnitt. Im protestantischen Norden dagegen behielt sie eine recht einheitlich stabilere Position. Die Gewinne der CDU waren dort entsprechend niedriger (43).

Diese regionalen Veränderungen zwischen 1972 und 1976 sind vor allem auf die wieder zunehmende Bedeutung des Faktors Konfession zurückzuführen. Denn der (ansteigende) Einfluß der katholischen Konfession – in der Form einer christlich-konservativen Wertorientierung – auf die Wahlentscheidung ist eines der wesentlichen Momente zur Erklärung des Wahlausgangs. Der Faktor Konfession unterscheidet 1976 in der Form der Trennung der Katholiken vom Rest der Bevölkerung auf Stimmbezirksebene wieder deutlicher als 1972 zwischen CDU-Anteilen einerseits (Korrelationskoeffizient $r = + 0,63$) und Anteilen der SPD ($r = - 0,57$) und FDP ($r = - 0,45$) andererseits (44).

Hinter diesen Zusammenhängen verbergen sich tiefgreifende Veränderungen in den sozialen Basen aller Parteien im Vergleich zu den Bundestagswahlen 1972. Diese Veränderungen können – um es zu wiederholen – vor allem durch die wieder zunehmende Bedeutung des konfessionellen Schismas erklärt werden. Ihr Ausmaß wird in den in Tabelle 12 dargestellten Prozentwerten deutlich, die auf Ergebnissen von Meinungsumfragen beruhen.

Ihre schwerwiegendsten Verluste im Bundesmaßstab mußte die SPD nach diesen Umfrageergebnissen (45) bei den Arbeitern hinnehmen, bei denen sie auf das Niveau der Bundestagswahl 1965 herabsank.

Hatten noch 1972 zwei Drittel der Arbeiter SPD gewählt, so gaben ihr 1976

43 Forschungsgruppe Wahlen e. V., Bundestagswahl 1976. Eine Analyse der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Nr. 12, Mannheim 7. Oktober 1976, S. 22

44 Ebd., S. 64 f., sowie S. A 2. Vgl. auch: Ebd., S. 64 und S. 71. Sowie Dieter Oberndörfer Das Nord-Süd-Gefälle entschied die Wahl, in: Die Welt, Nr. 232 v. 5.10.1976, S. 3.

45 Die Ergebnisse der Nachwahlumfrage 1976 (vgl. Tabelle 12) wurden uns freundlicherweise von der Forschungsgruppe Wahlen e. V. in Mannheim zur Verfügung gestellt. Zu weiteren Analysen der Bundestagswahl 1976 sei auf den Aufsatz von Manfred Berger et. al. verwiesen, der in H. 2/77 der Zeitschrift für Parlamentsfragen erscheinen wird.

nur noch wenig mehr als die Hälfte (52 %) der Arbeiter ihre Stimme. Dieser dramatische Rückgang der Bindung von Arbeitern an die SPD auf der Ebene von Wahlen ist nun nicht auf das Wahlverhalten der Protestanten unter ihnen zurückzuführen, wo diese Partei nur unterdurchschnittliche Verluste erlitt, sondern auf das Wahlverhalten katholischer Arbeiter, die in einem für die Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Ausmaß für die CDU/CSU votierten. Nach den Umfrageergebnissen wählten 1976 nämlich nur noch 34 % der katholischen Arbeiter die SPD, während dies 1972 noch bei 55 % der Fall war. Dementsprechend gelang es der Union 1976, nahezu zwei Drittel (63 %) dieser Gruppe für sich zu gewinnen; 1972 waren es noch 39 %. Damit verlor die SPD nicht nur die 1972 in der damaligen Ausnahme-Situation mobilisierten Arbeiter, sondern auch jene, die sich schon zuvor auf sie orientiert hatten. Die Wählerbasis der SPD unter Arbeitern reduzierte sich also 1976 im Bundesmaßstab wieder auf ihr traditionelles Potential: die protestantischen Arbeiter. Dieses Wahlverhalten macht einmal mehr deutlich: Wenn überhaupt, dann finden Wählerbewegungen von Arbeitern zwischen der SPD und der CDU/CSU statt (46).

Auch die Veränderungen unter den Angestellten und Beamten waren vom konfessionellen Faktor beherrscht. Denn auch in dieser Gruppe mußte die SPD unter Katholiken erhebliche Verluste hinnehmen, während ihre Positionen unter Protestanten stabil blieb. Insgesamt konnte die SPD unter Angestellten und Beamten ihren bei den Bundestagswahlen 1969 errungenen Einfluß halten, der für den damaligen Wahlausgang entscheidend gewesen war. Die CDU wiederum gewann in dieser Gruppe nicht allein ehemalige SPD-Wähler hinzu, sondern in nahezu gleicher Relation auch frühere FDP-Wähler, die sich 1976 unabhängig von ihrer Konfessionszugehörigkeit von dieser Partei ab- und der CDU/CSU zuwendeten. Im Bundesmaßstab profitierte die CDU/CSU bei Beamten und Angestellten also von Abwanderern der SPD wie der FDP.

Das wesentliche Ergebnis der Analyse der Bundestagswahl 1976 ist also, daß bei dieser Wahl, entsprechend der geringen politischen Polarisierung im Wahlkampf, die soziale Polarisierung gegenüber 1972 ganz erheblich zurückgegangen ist. Sie besteht nur noch in Form der starken Bindung der Selbständigen an die CDU/CSU. Denn das Berufsgruppenmerkmal Selbständiger trennt am deutlichsten die CDU/CSU ($r = + 0,61$) von der SPD ($r = - 0,51$). Bemerkenswerte Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und erzielten Parteiateilen bestehen daneben nur noch für die FDP: Mit steigendem Anteil von Angestellten und Beamten in den Stimmbezirken stiegen auch die Verluste der FDP. Aber nach wie vor bildet diese Gruppe den Wählerstamm dieser Partei. Denn wie schon 1972 bestand auch 1976 ein deutlich positiver Zusammenhang zwischen dem Berufsgruppenmerkmal Angestellter/Beamter und dem Abschneiden der FDP ($r = + 0,52$) (47).

Faßt man die Entwicklungen seit 1969 zusammen, so ergaben sich für die Parteien die folgenden Bewegungen:

46 Vgl. den Beitrag von Bodo Zeuner in diesem Heft.

47 Zu diesem Abschnitt siehe Forschungsgruppe Wahlen e. V., Bundestagswahl 1976, S. 62 f. und S. A 2.

- Die SPD hatte 1969 insbesondere katholische Beamte und Angestellte hinzugewonnen, 1972 jedoch in diesem Bereich deutliche Stagnationstendenzen aufzuweisen; sie gewann dort nur unterdurchschnittlich hinzu. 1976 verlor sie die 1969 gewonnenen katholischen Beamten und Angestellten wieder, konnte aber durch die Stabilisierung ihres Einflusses unter den Protestanten dieser Gruppe ihre Position des Jahres 1969 insgesamt halten. Anders verlief die Entwicklung bei den Arbeitern. Dort hatte sie bei Katholiken erstmals 1969 und wiederum 1972 starke Gewinne zu verbuchen und bei dieser Wahl erzielte sie auch unter ihren Stammwählern, den protestantischen Arbeitern, deutliche Zugewinne. 1976 wurde diese Entwicklung rückgängig gemacht: Die SPD verlor in der Gruppe der katholischen Arbeiter das seit 1965 gewonnene Terrain und wurde bei den Protestanten auf das Niveau von 1969 zurückgeworfen.
- Diesen Etappenbewegungen entsprach die Entwicklung der CDU. Nachdem sie 1969 insbesondere katholische Beamte und Angestellte verloren hatte, wurde sie 1972 unter Arbeitern zur Minderheitspartei. 1976 dagegen konnte sie diese Verluste kompensieren: Sie erreichte unter Beamten und Angestellten, insbesondere durch die Zuwanderung von Katholiken, eine bessere Position als 1972, konnte freilich den Stand von 1969 nicht wieder erreichen. Dafür konnte sie ihre seit 1965 unter Arbeitern erlittenen Verluste ausgleichen.
- Entsprechend den Bewegungen zwischen den beiden großen Parteien verlief die Entwicklung der FDP. Hatte sie bei den Wahlen 1972 den Verlust hauptsächlich der Selbständigen im Jahre 1969 durch Zugewinne insbesondere bei Beamten und Angestellten, aber auch bei katholischen Selbständigen wieder ausgeglichen, so sind ihre geringen Verluste 1976 auf das Abwandern von Katholiken aus beiden Gruppen zurückzuführen.

Während also die politische und soziale Polarisierung auf der Wahlebene deutlich zurückgegangen ist, hat die Bedeutung des konfessionellen Schismas wieder erheblich zugenommen. Im Hinblick auf die Hauptwidersprüche der westdeutschen Gesellschaft bedeutet dies: Der Klassengegensatz nahm in seiner Bedeutung für das Wahlverhalten ab, die Bedeutung des konfessionellen Schismas nahm in dieser Hinsicht zu.

Wie sich dies im Wählerverhalten von Arbeitern einerseits sowie Angestellten und Beamten andererseits niederschlug, soll im folgenden kurz dargestellt werden.

Erste Ergebnisse eines Zeitvergleichs der westdeutschen Wählerschaft (48) 1953 und 1976 haben für Arbeiter sowie Angestellte und Beamte in Bezug auf den Zusammenhang von Sozialstruktur, gesellschaftlicher Wertorientierung und Wahlabsicht ergeben, daß die Bedeutung der organisatorischen Bindung über Gewerkschaften (Mitgliedschaft) und Kirchen (Kirchgangshäufigkeit) relativ abgenommen hat. Dagegen hat die Bedeutung spezifischer Wertorientierungen zugenommen. So hat seit 1953 die positive Einstellung gegenüber Gewerkschaften unter Beamten und Angestellten

48 Franz Urban Pappi, Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht: Erste Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektors 1953 und 1976, Referat, gehalten auf der Tagung des Arbeitskreises Parlamente, Wahlen, Parteien der DVPW in München, 14. November 1976.

in stärkerem Ausmaß zugenommen, als dies durch den nur leicht gestiegenen Organisationsgrad zu erklären gewesen wäre. Dieser Tatbestand mag die relativ stabilere Zuordnung zur SPD bei den letzten Bundestagswahlen erklären. Dagegen ist für Arbeiter – trotz rückläufiger Kirchgangshäufigkeit – eine deutlich stärkere christlich-konservative Wertorientierung im Sinne des Katholizismus festzustellen, was ihr Abwandern zur CDU/CSU erklären mag. Dies bedeutet, daß die Trennung zwischen SPD und CDU/CSU nunmehr weniger entlang des Klassengegensatzes verläuft sondern eher entlang zweier Linien: der gewerkschaftlichen Orientierung, deren positives Ende von der SPD besetzt wird und der christlich-konservativen Wertorientierung, deren positives Ende von der CDU besetzt wird. Das jeweils negative Ende der beiden Linien besetzt die Gegenpartei in einer Art von Lückenbüßer-Funktion.

Dies spiegelt sich auch in den regionalen Wahlergebnissen wider: So können die – trotz überdurchschnittlich hohen Katholikenanteils – unterdurchschnittlichen SPD-Verluste in Nordrhein-Westfalen und im Saarland durch ein traditionelles, relativ homogenes Arbeitermilieu (49) erklärt werden, und die ebenfalls geringen Verluste im protestantischen Norden durch das Fehlen einer religiösen Wertorientierung im Sinne des Katholizismus. Die regionalen Erfolge der CDU/CSU wären entsprechend zu erklären.

Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen

Die für die Bundesebene aufgezeigten Trends wirkten sich entsprechend struktureller Unterschiede regional auch unterschiedlich aus. Dies soll am Beispiel das Landes Nordrhein-Westfalen verdeutlicht werden, auch um die dort offensichtlich höhere Stabilität der Beziehungen zwischen Arbeitern, insbesondere den gewerkschaftlich organisierten, und der SPD auf der Ebene von Wahlen nachzuweisen.

Bei der sozialen Struktur des Landes, die wesentlich gekennzeichnet ist durch einen überdurchschnittlichen Anteil von Katholiken sowie von Arbeitern, verlor die SPD dennoch nur etwa im Bundesmaßstab (- 3,5 Prozentpunkte), und die CDU konnte nur etwa durchschnittliche Gewinne für sich verbuchen, während die FDP entgegen dem Trend dort ihre Position des Jahres 1972 halten konnte.

Die Wählerbewegung freilich verlief in diesem Lande auf andere Weise als im Bund. Während generell Beamte und Angestellte von der SPD zur CDU übergingen, wechselten diese Gruppen, die in Wahlanalysen häufig zusätzlich mit dem Begriff „Aufsteiger“ versehen werden, in Nordrhein-Westfalen zur FDP (50). Dies kommt besonders deutlich in den Wahlergebnissen der ländlichen Randzonen des Reviers zum Ausdruck, denn dort bescherte ihr dieser Wechsel bescheidene Gewinne. Einen Teil des Bürgertums, insbesondere im Ruhrgebiet, gab die FDP an die CDU ab; dort

49 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V., Wahlstudie 1976, 3. Welle, Erweiterte Grundauszählung, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage im Oktober/November 1976, S. 102.

50 Der Spiegel, Nr. 42, v. 11.10.1976, S. 130 sowie Westdeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 223 v. 5.10.1976 („Trotz heißer Wahlschlacht: Im Revier ändert sich nicht viel“), o.S.

konnte sie ihre Verluste freilich durch Gewinne von der SPD nicht ausgleichen.

Betrachtet man nun ausschließlich das Ruhrgebiet, so zeigt sich, daß dort die Gewinne der CDU (+ 2,8 Prozentpunkte) und die Verluste der SPD (- 2,8) unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt blieben. Die Bindung der Arbeiter an die SPD blieb hier – trotz Krise, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit – stabiler als andernorts. Um die szu verdeutlichen, haben wir die Wahlkreise des Reviers detaillierter untersucht, deren Arbeitsamtsbezirke deutlich überdurchschnittliche Arbeitslosenquote aufwiesen (höher als 5,2 %, NRW-Durchschnitt 4,5 %) (51). In keinem dieser Wahlkreise liegt das von der SPD erzielte Ergebnis unter 55 %, und ihre Verluste liegen gegenüber der Vorwahl zwischen 2,0 und 3,1 Prozentpunkten; sie sind also niedriger als im Durchschnitt. Die CDU dagegen erzielte dort Zweitstimmenanteile unter 39 %. Ihr Prozentpunktgewinn gegenüber der Vorwahl lag zwischen 2,1 und 2,8. Die DKP erreichte in diesen Gebieten Zweitstimmenergebnisse zwischen 0,6 % (Gelsenkirchen) und 0,3 % (Recklinghausen), und die Spanne der Veränderungen reichte von - 0,1 bis \pm 0 Prozentpunkten.

In diesen Ergebnissen wird die Stabilität der Bindung von (insbesondere gewerkschaftlich organisierten) Arbeitern in traditionell homogenen Arbeitermilieus an die SPD sichtbar.

Zum Ergebnis der DKP

Das Abschneiden der DKP, der stärksten Partei links von der SPD, bei der Bundestagswahl 1976 nicht nur in Nordrhein-Westfalen zeigt, daß sie von Arbeitern nicht als Alternative zur SPD angesehen wird. Überblickt man nämlich die Wahlkreise, in denen die DKP einen Zuwachs des Stimmenanteils gegenüber 1972 um mindestens 0,2 Prozentpunkte erreichte, so ist festzustellen, daß diese Wahlkreise auffallend häufig in Universitätsstädten liegen: Hamburg, Oldenburg, Göttingen, Bremen, Münster, Marburg, Frankfurt, Darmstadt. Ausnahmen bilden lediglich der Wahlkreis Bottrop-Gladbeck und möglicherweise einige Hamburger Wahlkreise und der Wahlkreis Bremen-Ost. Von diesen Spitzen-Wahlkreisen der DKP (im Hinblick auf Zuwachsraten) verdienen zwei eine besondere Erwähnung. Der Wahlkreis 131 Marburg, weil dort mit einer Steigerung um 0,7 Prozentpunkte gegenüber 1972 ein Stimmenanteil von 1,2 % erreicht wurde und weil die DKP dort nur 59,3 % der Erststimmen auch als Zweitstimmen für sich verbuchen konnte. Daneben der Arbeiter-Wahlkreis 101 Bottrop-Gladbeck, weil sich die DKP dort um 0,4 Prozentpunkte auf einen Zweitstimmenanteil von 1,2 % steigern konnte, aber nur 38 % der Erststimmen auch als Zweitstimmen erhielt.

Betrachtet man nun die Wahlkreise, in denen die DKP 0,2 Prozentpunkte gegenüber 1972 verlor, so stellt man fest, daß es sich bei diesen Wahlkreisen ausschließ-

51 Daten nach: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 24. Jg. 1976, Nr. 7 v. 29.7.1976, S. 717 sowie Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Bundestagswahl 1976. Wahlkreisbeschreibung, (Informationen über die Struktur der nordrhein-westfälischen Wahlkreise), o.O., o. J.

lich um Arbeiterstädte handelt (möglicherweise mit Ausnahme Homburgs): Wanne-Eickel - Wattenscheid, Ludwigshafen, Saarbrücken, Sankt Wendel und Homburg. Bemerkenswert ist dabei, daß sich die Verlust-Wahlkreise in einem kommunistischen Traditionsgebiet, im Saarland, massieren. In dieser Zweitstimmen-Entwicklung auf der Wahlebene zeigt sich eine Tendenz des relativen Bedeutungsverlusts der Arbeiter für die DKP-Wählerbasis. Aber es zeigt sich an den Beispielen Bottrop-Gladbeck und Marburg auch die positive Auswirkung der Kommunalpolitik der DKP bei Bundestagswahlen. Zu einer Alternative für Arbeiterwähler hat sich die DKP jedoch auch in den letzten vier Jahren nicht entwickelt. Die Alternative zur Wahl der SPD war für Arbeiter die Wahl der CDU.

Aus dem Wahlverhalten der Arbeiter folgt nun unseres Erachtens, daß *gegenwärtig* keine nennenswerte Wählerbasis für eine sozialistische Partei links von der SPD sichtbar ist. Denn es darf nicht übersehen werden, daß die letzte Bundestagswahl im Schatten der bislang schwersten Krise der Bundesrepublik stattfand, ohne daß sich hieraus in dieser Hinsicht qualitative Veränderungen im Arbeiterwahlverhalten ergeben hätten. Und auch die Behauptung einer sinkenden Integrationskraft der Sozialdemokratie gegenüber Arbeitern vor allem bei Landtagswahlen und hier wiederum hauptsächlich in den Großstädten findet bis auf eine Ausnahme (West-Berlin) keine empirische Bestätigung. Die Wahlbeteiligung nimmt nämlich generell mit steigender Urbanisierung und wachsendem Anteil von Beamten und Angestellten an der großstädtischen Bevölkerung ab. Und auch eine Reihe anderer Indizien spricht dafür, daß die Stimmenverluste der SPD bei Landtagswahlen in einigen Großstädten auf das Abwandern von Beamten und Angestellten zurückzuführen sind (52).

Nun könnte argumentiert werden, daß die Tatsache der Wählerbewegungen von Arbeitern ausschließlich zwischen SPD und CDU eben gerade die Folge der Nichtexistenz einer sozialistischen Partei sei. Dies ist aber eine bloße Vermutung ohne überzeugenden Beleg, die sogar zu politisch illusionären Schlußfolgerungen führen kann, wenn nicht nach den Bedingungen gefragt wird, die erklären, warum eine sozialistische Partei *gegenwärtig* nicht existiert.

Der „Rechtsputsch“ in der Union.

Nach der neuerlichen und mithin dritten Niederlage der Unionsparteien gegen die Sozialliberalen sahen die führenden Reaktionäre innerhalb der CSU offensichtlich nur noch eine Möglichkeit: Sie wollten, was bislang gescheitert war, der Union ihre eigene Strategie aufzwingen, indem sie die Gesamtpartei mit einer massiven Spaltungsdrohung konfrontierten. Weil eine Spaltung und die Konkurrenz zweier konservativer Parteien aber gerade die Position der CDU in den nördlichen und westlichen Bundesländern schwächen müßten, so scheint die Gruppe um Strauß kalkuliert zu

52 Vgl. dazu Anm. 13, sowie die Graphik auf S. in diesem Heft. Zur Wahlbeteiligung: Immo H. Wernicke, Die Bedingungen politischer Partizipation. Eine vergleichende Kontext- und Aggregatdatenanalyse für Großbritannien, Norwegen, Deutschland (BRD) und Frankreich, Meisenheim am Glan 1976, S. 191.

haben, werde diese Drohung die bislang gegen einen Konfrontationskurz aufgetrennten CDU-Gruppen zum Einlenken bewegen. Die Strauß-Strategie basierte auf der Überzeugung, daß die Wahlniederlagen der Union im Bund durch die innere Uneinigkeit und die mangelnde Bereitschaft der Gesamtpartei zu erklären seien, einen offensiven Zweifrontenkrieg sowohl gegen den „Sozialismus“ als auch gegen dessen angeblichen Steigbügelhalter, die FDP, zu führen. Da in den Augen der CSU-Reaktionäre die veränderte Rolle der FDP im Parteiensystem eine Neuauflage des Bürgerblocks als Koalition der beiden bürgerlichen Parteien verhinderte, sollte der – als Voraussetzung für die Ablösung der sozialliberalen Koalition betrachtete – neue bürgerliche Intraklassenkonsens in zwei Etappen gleichsam von oben hergestellt werden:

- Die Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit der CDU, gegen SPD und FDP zugleich zu agieren, hing mit den unterschiedlichen regionalen sozioökonomischen Bedingungen und tagespolitischen Erfordernissen zusammen. Die daraus resultierenden Sonderinteressen einzelner Landesverbände und Suborganisationen sollten durch eine autoritäre Verpflichtung auf das gemeinsame Ziel, die Ablösung der sozialliberalen Koalition, zurückgedrängt werden.

Möglich erschien eine derartige autoritäre Formierung der Partei wohl vor allem deshalb, weil die Rechtsopposition innerhalb der CDU seit längerem an Boden gewonnen hatte, was sich zuletzt an der Revision der Mannheimer Erklärung zeigte. Unterstützung für seine Pläne erwartete Strauß wohl vor allem von Dregger, Filbinger und Lummer, vielleicht auch von Stoltenberg.

- Die Union sollte, einen destruktiven Oppositionskurs steuernd, offensichtlich den Bankrott der parlamentarisch sowieso schon auf schwachen Füßen stehenden sozialliberalen Regierung beschleunigen und bewußt – nach dem Rezept von Sonthofen – politische Mittel zur Verschärfung der ökonomischen Krise einsetzen. Von einer Situation scharfer politischer Konfrontation zwischen Regierung und konservativ-reaktionärer Opposition wurde nicht nur eine weitere Festigung der eigenen Reihen erwartet, sondern auch ein Entscheidungsdruck auf die bürgerlichen Schichten außerhalb der Union ausgeübt, sich entweder dem Lager der „Freiheit“ oder dem des „Sozialismus“ anzuschließen. So sollte nationalliberales bzw. konservatives Bürgertum aus der SPD, vor allem aber aus der FDP herausgebrochen (53) und überdies sollten rechtsradikale Wähler gewonnen werden (54).

Diese „Volksfront von rechts“ (55) würde dann – so vermutlich das Strauß-Kal-

53 Nach Pressberichten hieß es in der von CDU und CSU am 12. Dezember 1976 geschlossenen Vereinbarung über die Rückkehr zu einer gemeinsamen Fraktionsgemeinschaft u. a.: „CDU und CSU stimmen darin überein, daß die Mehrheit von SPD und FDP im Deutschen Bundestag nur gebrochen werden kann, wenn für die nächste Bundestagswahl alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, das Wählerpotential für eine freiheitliche, sichere und soziale Politik zu gewinnen. Dabei ist besonders auf die innerhalb und zum Teil außerhalb der SPD stehenden freiheitlichen Sozialdemokraten und die national-liberalen Wähler zu achten.“

54 Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat darauf in einem Spiegel-Gespräch aufmerksam gemacht und auf die Gefahr hingewiesen, daß eine derartige Partei „außerhalb des Verfassungskonsens“ liegen könnte. Vgl. Der Spiegel, Nr. 49 v. 29. November 1976.

55 Jochen Steffen, Volksfront von rechts, in: das da, Nr. 1, Januar 1977.

kül – die politischen Grundlagen für eine autoritäre, aber deswegen nicht notwendig rechtsradikale (56), Krisenlösung schaffen, die sich auch gegen den Willen der Betroffenen, wohl auf folgende Probleme konzentriert haben dürfte: Reallohnsenkung, verstärkte betriebliche Rationalisierung bei bewusster Hinnahme hoher Arbeitslosenziffern und Verminderung der staatlichen Sozialquote bei gleichbleibenden oder vermehrten verwertungsbezogenen Strukturinvestitionen. Als politische Grundlagen für eine derartige Krisenstrategie kämen ein Verbändegesetz zur Einschränkung der Macht der Gewerkschaften (57) und vermehrte juristische und politische Repressionen gegen außerparlamentarische Aktionen einerseits sowie sozialistische Theorie und Praxis andererseits in Frage. Mit einem Verbot sozialistischer bzw. kommunistischer Organisationen, Druckerzeugnisse sowie mit verschärfter Berufsverbotspolitik müßte dann ebenso gerechnet werden wie mit einer Beendigung der Entspannungspolitik und einer Neuauflage des „Kalten Kriegs“ in Europa. Ein alter Traum von Franz Josef Strauß würde wahr: Die Bundesrepublik könnte Modellfall für West-Europa werden.

Als aber im Dezember letzten Jahres – scheinbar gegen den Willen des CSU-Vorsitzenden – die Fraktionsgemeinschaft zwischen beiden Unionsparteien erneuert wurde, schien die Strauß-Strategie gescheitert. Dies war aber nicht der Fall, auch wenn seine Vorgehensweise zurückgewiesen worden ist. Denn das putschartige Vorpreschen ohne ausreichende Rückendeckung von der eigenen Partei und vom rechten CDU-Flügel zwang die CDU insgesamt zu Solidaritätsbekundungen für ihren Parteivorsitzenden Kohl und pervertierte die Auseinandersetzungen zwischen Sozialkonservativen und Reaktionärkonservativen zu einer Auseinandersetzung zwischen beiden Parteivorsitzenden. Strauß konnte dann ein taktisches Rückzuggefecht einleiten, doch zugleich die inhaltlichen Voraussetzungen für eine härtere Opposition

-
- 56 Eine rechtsradikale Programmatik würde die soziale Basis der Volksfront von rechts zu weit einschränken. In einem Spiegel-Gespräch erklärte Dregger, er halte es für sehr wichtig, „daß die politische Position der CDU als Volkspartei mit ihren drei Elementen, dem christlich-sozialen, dem liberalen und dem konservativen, unverändert bleibt“. Vgl. Der Spiegel, Nr. 50 v. 6. Dezember 1976.
- 57 Erste Überlegungen dazu wurden in der CDU schon veröffentlicht. Eine Grundsatzkommission des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein schlug vor, Art. 9 GG wie folgt zu ergänzen: „Soweit Verbände und andere Vereinigungen bei ihrer Tätigkeit in den Bereich wesentlicher öffentlicher Interessen hineinwirken, sind sie verpflichtet, zugleich das Wohl der Allgemeinheit zu beachten. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz“. Begründung für diesen Vorschlag: „Im Zeichen eines rückläufigen Wirtschaftswachstums können sich die Interessen- und Verteilungskämpfe weiter verschärfen. Im Kern geht es um folgendes: So wie es einst notwendig war, die vom privaten Eigentum ausgehende Macht einer sozialen Bindung zu unterwerfen, so ist es heute geboten, die große Macht organisierter gesellschaftlicher Interessen zur Rücksichtnahme auf das Wohl der Allgemeinheit zu verpflichten. Das gilt insbesondere auch für die Tarifpartner, die Unternehmensverbände und Gewerkschaften. Es ist in der Wissenschaft ganz unbestritten, daß volkswirtschaftlich unverantwortliche Aktivitäten und Entscheidungen der großen Verbände und Vereinigungen zu Lasten der vielen nicht organisierten Bürger gehen müssen.“ Nach: Grundsatzkommission des CDU-Landesverbandes (Schleswig-Holstein), CDU-Grundsatzkommission wünscht weitere offene Diskussion über Sozialpflichtigkeit der Verbände, Pressemitteilung, Kiel, den 17. Oktober 1975, S. 1 f.

im Bundestag durch die Gesamtfraktion legen. Der ausgehandelte Kompromiß sicherte der CSU größere Autonomie und vermehrte ihren Einfluß auf die Fraktion. Durch die Beseitigung der personalen Konfrontation Kohl-Strauß erhielten zudem die rechten CDU-Politiker ihre politische Bewegungsfreiheit zurück und damit die Chance, ihren Einfluß innerhalb der CDU weiter auszubauen.

Hatte der (gescheiterte) Strauß-Putsch falsche politische Fronten innerhalb der Union aufgebaut, so wird die gegenwärtige Strauß-Strategie erst noch erweisen müssen, ob die beabsichtigte politische Konfrontation von oben zu einer Front zwischen einem von der Union weitgehend repräsentierten Bürgertum und der Sozialdemokratie führt; genauer: Ob eine künstlich angeheizte Emotionalisierung des politischen Klimas der Bundesrepublik die gegenwärtige rückläufige soziale Polarisierung nachdrücklich verschärfen kann. Die Theoretiker des sozialkonservativen Flügels der Union verneinen diese Frage. Freilich bewegen sie sich dabei auf einer anderen Argumentationsebene: Während die Strategie von Strauß auf die Veränderung des bürgerlichen Bewußtseins abzielt, basiert ihre Einschätzung auf dem gegenwärtig bestehenden Bewußtsein der Wähler.

Werner Kaltefleiter beispielsweise fundiert seine Kritik an der Strategie des CSU-Vorsitzenden durch eine umfangreiche empirische Analyse der Haltungen und Erwartungen der Bundestagswähler 1976 unter Berücksichtigung des „Nord-Süd-Gefälles“ (58). Kaltefleiter teilt die westdeutsche Wählerschaft zu jeweils einem Drittel in die Stammwählerschaft der CDU/CSU, die „Gruppe der sogenannten potentiellen Wechselwähler“ und die Stammwählerschaft der SPD ein. Zwischen der Stammwählerschaft der SPD und den potentiellen Wechselwählern sei die FDP angesiedelt, die über etwa 3 - 4 % der Gesamtwählerschaft als „sicheren Stamm“ verfüge. Die Stammwählerschaft der CDU/CSU sei „durch die kirchliche, primär katholisch-kirchliche Kultur geprägt, die der SPD durch das gewerkschaftliche Milieu“. Katholisch-kirchliche Parteibindungen, so stellt Kaltefleiter fest, seien im Süden am stärksten, in der Mittelregion schwächer und im Norden am schwächsten. Gewerkschaftliche Bindungen hingegen seien in der Mittelregion am stärksten und im Norden am schwächsten. Daraus folge, daß die Mobilität der Wähler im Norden am größten sei. Die Unionsparteien könnten die absolute Mehrheit nur „mit einer nach Norden orientierten Strategie“ gewinnen. Die Union müsse daher ihre Problemlösungskompetenz durch überzeugende Kandidaten und politische Alternativen erhöhen: „... ,rechts‘ ist nichts mehr zu gewinnen; 0,3 % ,ewig gestrige‘ am 3. Oktober bestätigen das.“

Damit stellt Kaltefleiter der Straußschen Strategie der Konfrontation, Obstruktion und Emotionalisierung ein Konzept sachbezogener und inhaltlich überzeugender parlamentarischer Opposition entgegen. Er geht so letztlich von einem Modell der Konkurrenz gleichartiger Parteien (SPD/FDP bzw. CDU/CSU) um potentielle Wechselwähler aus, die es von der höheren Problemlösungskompetenz der jeweiligen Parteien zu überzeugen gelte. Strauß scheint da auf den ersten Blick realistischer zu sein, weil er einen Klassenstandpunkt vertritt und Klassenpolitik betreiben will. Zudem

58 Werner Kaltefleiter, Der Gewinner hat nicht gesiegt. Eine Analyse zur Bundestagswahl 1976, in: aus politik und zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 50/1976 vom 11. Dezember 1976.

honoriert er die Politik der „eurokommunistischen“ Parteien Westeuropas als Gefahr für den Kapitalismus und plant in seine Strategie die kommende große Krise ein. Kaltefleiter scheint dagegen politisch-strategisch naiver (59) zu argumentieren, weil er von Klassenkämpfen in globalem Maßstab ebenso abstrahiert wie von ökonomischen Krisen und historisch gewachsenen Klassenverhältnissen. Und er scheint von dem „Stabilitätsbeweis deutscher Demokratie“ angesichts der Bundestagswahlen und der „realen Chance eines Machtwechsels“ auszugehen und die damit bestehenden politischen Verhältnisse zu verabsolutieren.

Richtig an Kaltefleiters Argumentation ist aber sicherlich die Stabilität der Wählerbindungen, die Schwerfälligkeit der Bewegung der Wechselwähler und die mit dem Basiskonsens verbundene geringe politische und soziale Polarisierung, die zudem seit etwa 1974 rückläufig ist. Die empirisch festmachbaren Entwicklungstendenzen im Parteiensystem bilden keine Argumentationshilfe für die reaktionären Kräfte innerhalb der Unionsparteien. Im Gegenteil: 1972 und regional begrenzt auch 1976 konnten sie lernen, daß ein politischer Konfrontationskurs zur Mobilisierung der Sozial-Liberalen beiträgt.

Technokratisch und damit eben auch hilflos ist dagegen Kaltefleiters Hinweis auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Problemlösungskompetenz der Unionsparteien. Denn dies erforderte eine Antwort auf die Frage nach der politischen Bewältigung der ökonomischen Krise. Und diese Antwort vermag die innerparteiliche Opposition zum Kurs der reaktionären Konservativen seit 1966/67 nicht zu geben.

Politische und ökonomische Krise

Einige Überlegungen

In der Vorbemerkung zu diesem Aufsatz wurde das Problem des Verhältnisses von politischer und ökonomischer Krise thematisiert. Es wurde vorab darauf hingewiesen, daß eine Betrachtung der sozialen Basis politischer Parteien anhand der Bundestagswahlergebnisse zu dem Ergebnis kommen wird, daß zwischen der wachsenden Krisenhaftigkeit des Kapitalismus in der Bundesrepublik einerseits und der Stabilität und Integrationsfähigkeit ihrer politischen Ordnung andererseits eine deutliche Diskrepanz besteht, die darauf schließen läßt, daß ökonomische Krisen vorübergehend oder für längere Zeit politisch abgefangen werden können. Als wesentliche Ursache für die politische Stabilität wurde die Herausbildung eines Basiskonsens zwischen den Klassen über die wesentlichen ökonomischen, politischen und ideologischen Grundlagen der westdeutschen Gesellschaft benannt. Dieser Basiskonsens soll Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen sein.

Der Basiskonsens in der Bundesrepublik bildet innenpolitisch die Voraussetzung für einen weitgehend konfliktfreien Verwertungsprozeß. Optimale Akkumulations-

59 Strauß sprach in seiner „Wienerwald-Rede“ vor dem Landesausschuß der Jungen Union Bayern Ende November letzten Jahres (teilw. abgedr. nach einem Tonband-Protokoll in: *Der Spiegel*, Nr. 49 v. 29. November 1976) von „politischen Pygmäen der CDU“, von „Zwerge(n) im Westentaschenformat“ und von „Reclamausgabe(n) von Politikern“.

bedingungen für das Kapital im Inneren gewährleisten wiederum relativ annehmbare Arbeits- und Lebensbedingungen für Lohnabhängige und Mittelstand. Sie befördern die ökonomische und schließlich die politische Integration in die bestehende Gesellschaftsordnung. Der Basiskonsens ist also Voraussetzung und Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik. Insofern müßte eine zunehmend krisenhafte Entwicklung auch zu einer Erosion dieses Basiskonsens führen. Politische und ökonomische Entwicklungen würden dann zwar nicht gerade synchron verlaufen, sich aber doch kurz- bzw. mittelfristig entsprechen. Die konstatierte Diskrepanz zwischen ökonomischen und politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik wäre also so eigentlich nicht möglich.

Nun haben wir bei der Darstellung der Entwicklung des Basiskonsens im ersten Teil dieses Aufsatzes deutlich zu machen versucht, daß dieser mehr als nur Voraussetzung und Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik ist. Er ist zugleich Produkt historischer Entwicklungen und Erfahrungen der Klassen in Deutschland seit spätestens 1933 und insofern auch in gewissem Maße unabhängig von zyklischen Schwankungen der Akkumulationsraten. Diese relative Unabhängigkeit mindert aber auch den Einfluß konjunktureller Faktoren auf eine mögliche Zerstörung des Konsens, wenn sie diesen Einfluß auch nicht aufheben kann. Dadurch gewinnt das Kapital jedoch einen gewissen Schutz vor ökonomischen und politischen Konflikten gerade in der Krise. Die Vernichtung von Kapital kann reibungsloser, der Wiederbeginn der Akkumulation kann schneller erfolgen. Diese historische Dimension des Basiskonsens, sein quasi überzyklischer Charakter, dürfte die Ursache für die gegenwärtig bestehende Diskrepanz zwischen wirtschaftlicher und politischer Entwicklung sein.

Eine ökonomische Krise würde sich mithin erst dann als politische Krise auswirken, wenn der Basiskonsens längerfristig für die Durchsetzung von Interessen der Lohnabhängigen respektive des Kapitals hinderlich wäre, wenn sich diese Interessen also nicht mehr auf dem Wege konsenshafter Verteilungskonflikte realisieren ließen. Dann müßten sich die Produktionsverhältnisse andere Formen politischer Herrschaft schaffen, um die Reproduktion der Gesamtgesellschaft zu gewährleisten.

Anzeichen für eine Erosion des Basiskonsens konnten bei der Analyse von Wählerstrukturen und -bewegungen im Zusammenhang mit Bundestagswahlen nicht beobachtet werden. Gleichwohl sollte nicht übersehen werden, daß die Krisenstrategie der reaktionären Kräfte innerhalb der Union auf eine Beseitigung des Basiskonsens hinausläuft, auch wenn dieser nicht allein durch eine einseitige Konfrontationsstrategie von Teilen des Bürgertums zerstört werden kann. Zweifellos betrachtet gegenwärtig die Mehrheit des christlich-konservativen (wie die Analyse von Kaltefleiter erwies) und des liberalen Bürgertums den Basiskonsens als geeignetes Klassenverhältnis zur Durchsetzung ihrer ökonomischen und politischen Interessen. Aber es fehlt ihr an einer über den Basiskonsens hinausreichenden Krisenstrategie. Und daher steht es ebenso außer Zweifel, daß sich die soziale Basis der reaktionären Konservativen besonders im Bürgertum in dem Maße ausweiten wird, wie sich zyklische und strukturelle Krisen vertiefen *und* sich die Sozialdemokratie als unfähig erweist, die Arbeiterklasse zur Legitimation einer Wirtschafts- und Finanzpolitik zu bewegen, die

sich sinnlich erfahrbar einseitig zu Lasten der Lohnabhängigen auswirkt.

Anzeichen für eine Erosion des Basiskonsens lassen sich jedoch gegenwärtig auf der politischen Ebene nicht feststellen. Im Gegenteil: Die Bundestagswahlen 1976 haben mit dem Rückgang der sozialen und politischen Polarisierung gegenüber den Vorwahlen einen erneuten Beweis politischer Stabilität in der Bundesrepublik erbracht.

SONDERVERKAUF

im februar 74 wurde ich aus pinochets kz entlassen, im august 74 in die brd abgeschoben. im dezember 74 hielt ich es für richtig, meine ersparnisse dem verlag politladen als bürgschaft zu geben. im juni 75 ging der verlag pleite, ich bekam statt meiner dm 35.000,- einen haufen bücher. bis heute sind nur für dm 5.000,- verkauft. inzwischen mußte ich mir eine psychotherapie zahlen lassen. ich bitte euch, schaut euch die folgenden titel genau an und überlegt, ob ihr nicht was davon brauchen könnt. jeder pfennig zählt. prospekte über das angebot könnt ihr bei mir anfordern.

SoPo-reprint (auswahlband heft 1 - 10, 1969 - 1971)

DM 14,-

Enthält entscheidende artikel zu politökonomie (altvater, reichelt, neusüß), strategie (rabehl), rätedemokratie, imperialismus, konjunkturanalyse ... die „sozialistische politik“ war vorläufer der prokla.

kollektiv „marxistische aufbau-organisation“: **die krise der kps.**

demokratischer und sozialistischer kampf der kpd nach 1945 – bürgerliche und proletarische revolution in der theorie lenins – organisation und schulungssystem der kpd

jablonski/offermann: teilkrise ohne ende

industrieller strukturwandel im ruhrgebiet

die kommunistische internationale (band 7, 1924)

beschlüsse der komintern, länderanalysen, würdigung lenins, kommunistische politik im todesjahr lenins

bestellung bei: th. brons, theodorstr. 3, 8500 nürnberg - rabatte buchhandel 33 %; übrige: 10 %

Korrekturen zum Artikel „Zum Beweis der Konsistenz . . .“, in Prokla 25

1) S. 107, Zeile 6:

„bei welchen $\dot{T} \leq \dot{\pi}$ “ statt

„bei welche $\dot{T} \leq \dot{\pi}$ “

2) S. 109, Fußnote 18, Zeile 4:

„ $\dot{E} > O$ “ statt „ $\Delta K O$ “

3) S. 109, Fußnote 18, Zeile 8:

$$\frac{Q}{Q + Qm' + 1} \quad \text{statt} \quad \frac{\dot{Q}}{Q + Qm' + 1}$$

4) S. 110:

Nach der Gleichung (5) folgendes hinzufügen:

„worin I (t) die pro Periode akkumulierte Produktionsmittelmenge darstellt“.